

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Betriebs-
 Anstalt für 1899 unter Nr. 7890.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Sonntagen.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepatente Kolonial-
 gette oder deren Raum 40 Pfg., für
 politische und gesellschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen, sowie
 Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inzertate für die
 nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.
 Preisprophet: Kauf 1. Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Donnerstag, den 25. Mai 1899.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Ursache und Verhütung der Tuberkulose.

Der Kongress zur Bekämpfung der Tuberkulose als Volkskrankheit wird am Donnerstag über Ätiologie und Prophylaxe, Ursachen und Verhütung der Krankheit beraten. So sehr auch die Entdeckung des Tuberkelbacillus als der alleinigen Krankheitsursache und der dadurch erbrachte Nachweis von der ansteckenden Natur der Schwindsucht unsere Anschauungen geändert und dem Kampf gegen die Seuche die Richtung gegeben haben, so sehr gilt heute wie ehedem, daß die Schwindsucht vor allem eine Gewerbekrankheit und eine sociale Erscheinung ist.

Wäre es möglich, bei der Tuberkulose alle beginnenden Erkrankungen, d. h. frischen Infektionen rechtzeitig zu erkennen und zu heilen und außerdem alle vorgeschrittenen, nach dem Stande unseres heutigen Wissens unheilbaren Fälle aus der Familie und aus der Werkstatt zu entfernen und so die Weiterverbreitung der Krankheit von ihnen aus zu hindern, so könnte jemand wohl auf den Gedanken kommen, durch Heilstätten und Krankenhäuser, durch Speinäpfe und Gesichtsmasken die schnellste und radikalste Prophylaxis zu üben.

Aber dies Ziel, das wir bei Cholera, Pocken und Pest und den übrigen akut auftretenden Seuchen anstreben und das wir in gleicher Weise bei der Lepra, dem Ausatz, einer chronischen, der Tuberkulose ähnlichen Volkskrankheit zu erreichen hoffen dürfen, weil wir es hier mit einer in unseren Gegenden neuen Krankheit im Beginn ihrer Ausbreitung zu thun haben, dies Ziel ist und bleibt bei der Tuberkulose unerreichbar. Wir können nicht Hunderttausende auf Monate und Jahre hinaus vom menschlichen Verkehr absondern, sie isolieren.

Deshalb hat die Prophylaxe der Tuberkulose sich neben der möglichsten Annäherung an jenes Ziel die allmähliche Ueberwindung der Krankheit durch Beseitigung der indirekten (mittelbaren) Ursachen, durch Veränderung des Nährbodens für den Tuberkelbacillus, durch Erschwerung der Infektion und Erziehung der Kranken, mit einem Wort durch Beseitigung des socialen Uebels als Ziel zu setzen.

Wir zweifeln nicht daran, daß auch heute bei den Beratungen des Kongresses über Ätiologie und Prophylaxe der Tuberkulose dieser Gegenstand gestreift werden wird. Wie hätten aber bei seiner ausschlaggebenden Bedeutung für den Kampf gegen die Schwindsucht gewünscht, daß analog dem Punkt: Heilstättenbehandlung das Thema: „Die Tuberkulose als Gewerbekrankheit und als sociale Erscheinung“ einer gesonderten Behandlung unterzogen worden wäre und wir können uns des Verdachtes nicht entschlagen, daß dieser Punkt nicht so eingehend und nicht mit der nötigen Schärfe behandelt werden wird, weil es innerhalb der leitenden Kongresskreise an der erforderlichen Einsicht und Energie gebricht, die Konsequenzen dieser Erkenntnis zu ziehen und zu erklären, daß ohne Verbesserung der Gewerbehygiene und ohne den Kampf gegen das sociale Uebel jede Prophylaxis der Tuberkulose als Volkskrankheit Stückwerk bleibt; daß auch die Heilstätten-Behandlung nur dann bleibende Erfolge verspricht, wenn es gelingt, die häuslichen wie die Arbeitsverhältnisse des geheilt oder gebessert aus der Heilstätte entlassenen Kranken zu bessern.

Armut und Unwissenheit, Wohnungspein und ungenügende Ernährung (Alkoholisismus!), Mangel an Reinlichkeit und Velleitung, an Ruhe und Bewegung in freier Luft, einseitige Körperhaltung im Beruf, und vor allem die Heberarbeit insbesondere in gefährlichen, mit Staubentwicklung einhergehenden Gewerben — diese indirekten Ursachen der Krankheit aus der Welt zu schaffen ist, wie das Ziel jeder Socialhygiene, auch die beste Prophylaxis der Tuberkulose als Volkskrankheit.

Wenn man es heute von Seiten der offiziellen Kongressredner unterlassen sollte, den socialen Untergrund, für die Massenverbreitung der Tuberkulose in der Reuezeit mit genügender Schärfe und Klarheit zu schildern und die daraus resultierenden Forderungen an die Gesellschaft, an Staat und Gemeinden zu stellen, so wird es Sache der auf dem Kongress anwesenden Arbeiter und Arbeitervertreter sein, auf diesen Mangel in aller nachdrücklichsten Weise hinzuweisen. Es wird zu erklären sein, daß wir

1. einen gesetzlichen Arbeiterschutz brauchen; in ganz andern Sinne, als wir ihn bisher im Deutschen Reich besitzen, ein Verfügensgesetz mit Vorschriften über Größe, Ventilation, Beleuchtung, Reinigung etc. der Arbeitsräume; einen gesetzlichen Maximalarbeitszeitgesetz mit besonderer Beschränkung der Frauen- und Verbot der Kinderarbeit; eine Wohnungsgesetzgebung seitens der Kommunen und seitens des Reichs; Wohnungs-, Inspektoren und Gewerbe-Inspektoren in weit größerer Zahl mit weit größerer Machtvollkommenheit und Unabhängigkeit von den Unternehmern; Zulassung von Arbeitern und Bergleuten dieser Inspektion; vor allem auch Ausdehnung dieses gesetzlichen Arbeiterschutzes, auch der Kranken- und Invaliditäts-Versicherung auf das am schlimmsten ausgebeutete und darum am meisten von der Tuberkulose heimgesuchte hausindustrielle Proletariat.

2. noch viel wichtiger als diese sociale Gesetzgebung es für die Bekämpfung der Tuberkulose als Volkskrankheit ist, die Lebenshaltung der arbeitenden Klassen zu erhöhen, ihnen die Möglichkeit zu geben, sich bessere Arbeitsbedingungen zu erkämpfen, damit sie besser wohnen, sich besser kleiden und ernähren, vom Schnaps lassen und sich fitilich und geistig höher entwickeln können. Da aber die Er-

kämpfung besserer Arbeitsbedingungen immer nur Sache der Arbeiter selbst sein kann, muß ihren Organisationen freie Bahn geschaffen werden, müssen die noch bestehenden Schranken der freien Koalition fallen. Gerade in unsern Tagen, wo es den Arbeitern von Gesetzes wegen noch mehr erschwert werden soll, sich bessere Arbeitsbedingungen und damit einen höheren Standard of life zu erwerben, ist es doppelt angezeigt, daß der in der deutschen Reichshauptstadt tagende Kongress zur Bekämpfung der Tuberkulose als Volkskrankheit laut und vernehmlich seine Stimme erhebt und erklärt, daß ohne volle Koalitionsfreiheit die Prophylaxe der Tuberkulose scheitern muß.

Während die Zahl der Tuberkulose-Todesfälle von 1848-88 in allen anderen Ländern gestiegen ist, hat sie sich in England in dieser Zeit um 50 pCt. vermindert. Freilich war England auch das einzige Land, in dem sich in dieser Zeit die Zahl der Raupen um fast die Hälfte verringert und die Arbeiter sich bei freiestem Koalitionsrecht eine Verkürzung der Arbeitszeit und Löhne erkämpften, eine Fabrikgesetzgebung und eine Fabrikinspektion geschaffen haben, um welche wir heute noch bereiden.

In letzter Instanz ist auch die Tuberkulosefrage eine sociale Frage und deckt sich der Kampf gegen die Schwindsucht mit dem Klassenkampf der Arbeiter.

Die Rentennot in Ostpreußen.

Man schreibt uns aus Ostpreußen:

Es läßt sich nicht leugnen, daß jährlich eine große Zahl von Landarbeitern die östliche Heimat verlassen, um sich im Westen eine neue, bessere zu suchen. Ganz natürlich ist dadurch das Angebot von ländlichen Arbeitskräften auf dem heimischen Arbeitsmarkt nicht mehr so groß, wie es die Herren Agrarier wünschen. Die Arbeiter können bereits Forderungen stellen und das ist diesen Herren, die das Fördern bekämpfen für sich allein in Anspruch nehmen, recht unangenehm. Sie klagen über die steigende Begehrtheit und Gemüthsucht der Arbeiter; sie allein über treiben die Arbeiter in die Städte und nach dem Westen.

Gewiß begehren auch die Landarbeiter ersreulicherweise jezt mehr und wollen auch einigen Anteil an den Gütern des Lebens haben. Das Recht dazu können ihnen gewiß nur die Leute absprechen, die ebenso wie das Fördern auch das Begehren und Gemüthen für sich allein in Anspruch nehmen. Und ist denn bei den ostpreussischen Landarbeitern eine Steigerung ihrer Ansprüche an das Dasein nicht sehr angebracht? Für etwa 350-500 M. (die ostpreussische Landwirtschaftskammer setzte das Durchschnittseinkommen zum Zwecke der Alters- und Invaliditätsversicherung auf 300 M. jährlich fest) quält sich so eine Landarbeiterfamilie jahrlüber von früh bis spät bei schwerer Arbeit ab. Die obige Summe wird aber noch zum geringsten Teil in barem Gelde gezahlt. Der Viehdreis einer elenden Wohnung, etwas Kartoffelacker, Weide für die Kuh, wenn eine vorhanden, und Deputatgetreide, alles zu anständigen Marktpreisen berechnet, ist da mit eingegriffen. Die Summe von 500 M. wird auch nur in den seltensten Fällen erreicht; wenn die Frau viel in Arbeit geht und mehrere erwachsene Kinder zum Scharwerk gestellt werden. Die traurigen Wohnungsverhältnisse bilden ein dritteres Kapitel für sich und die Behandlung der Arbeiter ist durchaus unbillig.

Was Wunder, wenn diese Menschen dorthin ziehen, wo sie einen viel höheren Lohn erhalten, eine bessere Wohnung bewohnen können, menschenwürdiger behandelt werden und eine bestimmt festgesetzte, nicht vollständig vom Belieben der Antreiber abhängige Arbeitszeit haben. Sie wären tödlich, wenn sie bei den Kartoffelböden Ostpreußens blieben. Lange genug, ja bereits zu lange haben sie ihrem Elend Treue gewährt, es ist höchste Zeit, daß sie sich aufzuraffen beginnen. Daß es für sie bisher nur den einen Ausweg zu menschenwürdigeren Verhältnissen giebt, die Auswanderung nach dem Westen, das ist nicht ihre Schuld, das haben sich diejenigen zum Vorwurf zu machen, die ihnen in der Heimat die Mittel zum menschenwürdigen Dasein verweigerten. Ersinnen kann man nur darüber, daß die Auswanderung nicht bereits einen größeren Umfang angenommen hat.

Neben den elenden materiellen Verhältnissen ist die Hauptursache der Auswanderung in der Rechtslosigkeit der Landarbeiter zu suchen. Sehr richtig bemerkte Genosse Rollensburger bei der Beratung des Alters- und Invaliditäts-Gesetzes im Reichstage: „Es ist die Ungleichheit in gesetzlicher Hinsicht, die die Landarbeiter fortjagt. Die Herren können wohl immer nicht begreifen, daß die Leibeigenschaft aufgehoben ist.“

Die festen Arbeitsverhältnisse (Insolente und Deputanten) werden auf ein Jahr abgeschlossen, vor Ablauf dieser Zeit kann der Arbeiter, ohne Zustimmung des Arbeitgebers, schwer loskommen. Ordnungsmäßig kann das Arbeitsverhältnis nur nach halbjährlicher vorderer Ankündigung gelöst werden. Erfüllt der Arbeiter den Kontrakt nicht in allen Punkten, dann darf er vom Herrn auf der Stelle entlassen werden, was auch öfters geschieht. Dem Arbeiter steht wohl das gleiche Recht zu, aber nur auf dem Papier. Auch er hat das Recht, die Arbeit zu verlassen, wenn er nicht das erhält, was ihm kontraktlich zusieht. Doch ist das nicht so leicht auszuführen. Er erhält eben keinen Zehschein. Ohne Zehschein wird er aber von seinem Bestizer in Arbeit, ja nicht einmal vom Bauer im Dorfe in die Wohnung genommen. Rechtlich dürfte ihm der Zehschein nicht vorenthalten werden, wenn der Herr durch Nichterhaltung des Kontrakts ihn zur vorzeitigen Lösung des Arbeitsverhältnisses berechtigte, thatsächlich geschieht es aber fast ausnahmslos. Der Arbeiter kann ja nun den Amtsvorsteher, meist Gutshausbesitzer seines bisherigen Herrn, anrufen mit dem Ersuchen, die Herausgabe des Zehscheines zu veranlassen. Doch hat das in 99 von 100 Fällen keinen Erfolg. Meist lautet die Antwort: „Weht nur zurück zu eurem Herrn, bittet recht schön, dann wird er Euch schon geben, was Ihr nach dem Kontrakt zu erhalten habt und dann könnt Ihr ja wieder bei ihm bleiben.“ Das wird nicht selten auch Leuten gesagt, die bereits mit dem Mittel vom Hofe heruntergeprügelt sind. Nun bleibt ihnen noch der weitere Weg, beim Amtsgericht auf Ausstellung des Zehscheines zu klagen. Doch wie das anstellen ohne Rechtsanwältin und wodurch sich ernähren während der Zeit?

Von den zahlreichen mir zur Kenntnis gelangten Fällen will ich hier nur einen anführen.

Auf einem Gute im Kreise Pilsacken gerietten zwei Insolente mit ihrem Herrn in Streit, der eine erhielt nicht seinen vereinbarten Lohn richtig und wurde vom Hofe geprügelt, als er darauf bestand, der zweite kam wegen der Arbeitsleistung in Streit, auch ihm wurde mit dem Stock der Weg gewiesen. Sie wurden beide fortgejagt, erhielten aber nicht ihre Zehscheine. Da ihr Herr selbst Amtsvorsteher war, begaben sie sich zu seinem Stellvertreter, der sie ersuchte, zurück zu gehen und schön zu bitten. Das thaten sie jedoch nicht, sondern begaben sich zum Landrat mit der Bitte, ihnen ein Remutts attest zu klagen zu verschaffen. Der Landrat sandte sie mit diesem Anliegen zurück zum stellvertretenden Amtsvorsteher, der sich aber gar nicht mit ihnen weiter einließ. Sie gingen dann wieder zum Landrat, der meinte, sie müßten doch ihrem Herrn gehorchen, denn er müsse seinen Vorgesetzten auch gehorchen.

So standen die Leute dann wieder auf dem alten Fleck; wie Hunde waren sie vom Hofe gejagt, konnten aber nicht fort, weil sie keinen Zehschein erhielten. Es besteht zwar keine gesetzliche Bestimmung, die es verbietet, einen Arbeiter ohne Zehschein einzustellen, doch sind die Bestizer darin solidarisch, sie stellen niemanden ohne Zehschein ein, trotz des Leutenmangels.

Durch diese völlig unberechtigte Verweigerung des Zehscheines wird die Abwanderung der Arbeiter nach dem Westen ungemein gefördert. Den Leuten ist die Möglichkeit, in der Heimat Arbeit anzunehmen, abgeknippt; was liegt da näher, daß sie nach Rheinland-Westfalen ziehen, wo sie auch ohne Zehschein eingestellt werden.

Widestens ein Drittel der nach dem Westen abwandernden Landarbeiter sind durch Nichterhaltung des Kontrakts seitens der Bestizer, sowie durch Verweigerung des Zehscheines aus ihrer Heimat getrieben. Die Agrarier klagen über den Kontraktbruch der Arbeiter und verlangen seine Befrafung, des Kontraktbruchs seitens der Herren, der viel häufiger ist, gedenken sie aber nicht, und doch bildet der die Hauptursache des Arbeiterabzugs.

Um sich über die Ursachen der Abwanderung völlig klar zu werden, müge man einmal eine Umfrage bei allen abwandernden Arbeitern anstellen und man wird sofort klar sehen, wo der Hebel anzulegen ist.

Ein recht dunkles Kapitel in den Rechtsverhältnissen der Landarbeiter sind auch die Strafbestimmungen, deren Härte sehr schwer empfunden wird. Für jedes, nach Meinung der Herren unbegründete, Fortbleiben von der Arbeit wird Strafe angelegt. Jede Verweigerung der Arbeit wird schwer geahndet, jederzeit müssen die Arbeiter den Herren zur Verfügung stehen. Ja sogar an Tagen, an denen das Arbeiten durch Gesetz verboten ist, wie an Sonntagen, dürfen sie nicht die Arbeit verweigern, wenn sie bestellt werden. So wurden im August v. J. in Odenau bei Saalfeld, Ostpreußen, drei Arbeiter, weil sie sich weigerten, am Sonntag zur Arbeit zu gehen, vom Gericht mit je 15 M. bestraft und hatten noch die Kosten zu tragen. Daß derartige Vorurtheile die Leute nicht gerade an Ostpreußen fesseln, dürfte verständigen Menschen ohne weiteres einleuchten.

Aber auch in jeder anderen Beziehung sind die Landarbeiter gegen den Arbeiter in der Stadt stark im Nachteil. Bei der Steuererschätzung sind sie ganz vom Belieben des Herrn abhängig. Sie erhalten keine schriftliche Einschätzung, wie der städtische Arbeiter, aus der klar hervorgeht, in welcher Höhe ihr Einkommen zur Steuer herangezogen ist, sondern ihnen wird meist am Schlusse des Jahres bei der Schlussverrechnung eine Summe für Steuern und Abgaben in Anrechnung gebracht und sie müssen sich damit zufrieden geben. Das Gesetz schreibt wohl vor, daß die Einschätzungslisten acht Tage öffentlich auszuliegen haben, aber von allen Landarbeitern, die mich in Steuerangelegenheiten angingen, war es keinem bekannt, daß jemals die Liste zur öffentlichen Kenntnisnahme ausgelegt sei. Die Leute wissen also niemals, wie hoch sie eingeschätzt sind, und gehen dadurch ihres Einpruchsrechts verlustig. So kommt es, daß Landarbeiter bei ihren 3-400 M. jährlichen Einkommen 6-8 M. an direkten Steuern zu zahlen haben. Wie schwer das ins Gewicht fällt, läßt sich erst erkennen, wenn man bedenkt, daß sie nur 100 bis 120 M. ihres Lohns in barem Gelde erhalten.

Bei der Invalidenversicherung leiden die ostpreussischen Landarbeiter erheblich unter der Unregelmäßigkeit des Lebens seitens der Bestizer. Insbesondere für die Frauen wird meist gar nicht gekümmert. Kommen die Leute einmal in die Lage, Anspruch auf Invaliden- oder Altersrente zu stellen, dann zeigt sich oft, daß für sie nicht regelmäßig gekümmert ist. Kann man den Herrn zum Nachzahlen heranziehen, dann geht es noch an. Oft ist das aber gar nicht mehr möglich; dann haben die Arbeiter den Schaden. Die Beiträge werden ihnen natürlich auf dem Lohnzettel alljährlich richtig in Abrechnung gebracht.

Für die Art, wie gekümmert wird, hier nur ein Fall. Bei dem Bestizer A. in Hentschken, — der Herr ist auch Amtsvorsteher, — zog im Oktober 1894 eine Frau an. Sie hatte Wohnung genommen und stellte sich fast regelmäßig zur Arbeit. Auf ihrer Karte, die sie mitbrachte, fehlten nur noch acht Markten. Die Karte wurde erst im September 1895 voll. Die nächste Karte wurde aber erst im Juli 1898, also in drei Jahren, voll. Und das, obwohl sie fast ununterbrochen bei dem Herrn in Arbeit stand. Diese Fälle stehen nicht etwa vereinzelt da, sondern sie sind typisch für die Art, wie die Herren Agrarier sich um ihre Pflichten herumdrücken. Das ostpreussische Recht ist nicht un schwer aus der Welt zu schaffen; man achte nur auf regelmäßige Beitragsleistung der Herrn Agrarier.

Wie übel ist es weiter in der Krankenversicherung um den Landarbeiter gestellt! Der städtische Arbeiter ist in Krankheitsfällen gegen die äußerste Not geschützt, er hat Arzt und Medikamente zur Verfügung. Ganz anders bei dem Landarbeiter. Er ist in diesen Fällen vollständig von der Gnade des Herrn abhängig. Nur schwer entschließt sich dieser, einen Arzt holen zu lassen, er wartet oft ab, ob die Leute nicht selbst einen herbeirufen, da er dann keine Verpflichtung zum Zahlen hat. Aber es giebt auch Herren, die selbst in den Fällen, wo sie den Arzt herbeirufen, keine Liquidation dem Arbeiter vom Lohn in Abrechnung bringen, oder mindestens die Hälfte zu retten versuchen. Es ist aber hervorzuheben, daß es auch Arbeitgeber giebt, die sich bei Krankheitsfällen ihrer Arbeiter wohl bewusst sind ihrer Pflicht und sie erfüllen. Solche Arbeitgeber sind aber dünn gesät und kommen bei der Frage der Rentennot auch gar nicht in Betracht, da sie auch sonst ihre Arbeiter anständig behandeln und deshalb genügend Leute haben.

wählen Personen, welche vom Staate zu einer Steuer nicht veranlagt sind, stets in der dritten Abteilung.

Erhöht oder verringert sich infolgedessen die auf die erste und zweite Abteilung entfallende Gesamtsteuersumme, so findet die Bildung dieser Abteilungen in der Art statt, daß von jener Summe auf die erste und die zweite Abteilung je die Hälfte entfällt.

Eine höhere Abteilung darf niemals mehr Wähler zählen als eine niedere.

§ 3. Steuern, die für Grundbesitz oder Gewerbebetrieb in einer anderen Gemeinde entrichtet werden, sowie die Steuern für die im Umherziehen betriebenen Gewerbe sind bei Bildung der Abteilungen nicht anzurechnen.

Wo direkte Gemeindesteuern nicht erhoben werden, tritt an deren Stelle die vom Staate veranlagte Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer.

§ 4. Der § 5 des Gesetzes, betreffend Abänderung des Wahlverfahrens vom 29. Juni 1893 (Gesetz-Sammlung Seite 103) wird aufgehoben. Die bestehenden gesetzlichen Vorschriften über das Gemeindevahlrecht bleiben im übrigen unberührt.

Die Begründung der Vorlage weist darauf hin, daß es für die Prüfung der Verhältnisse im Gemeinde-Wahlrecht an vergleichbarem Material fehlt; nur für Berlin und 96 andere Städte mit mehr als 10 000 Einwohnern, 141 kleineren Städte, sowie für 218 Landgemeinden lassen sich die Ergebnisse der Ergänzungswahlen der drei Steuerjahre 1891, 1893 und 1895 vergleichen. Danach sank von 1891/92 bis 1896/97 der Anteil der Wähler

Table with 4 columns: Location, I. Abteilung, II. Abteilung, III. Abteilung. Rows include Berlin, larger cities, small cities, industrial rural communities, and other rural communities.

Nach einer der Begründung beigegebenen Tabelle wird infolge der Novelle die dritte Abteilung nach Hundertteilen aller Wähler wieder annähernd auf den Stand des Jahres 1891/92 gebracht werden. Sie umfaßt nämlich (Hundertteile)

Table with 4 columns: Location, 1891/92, 1896/97, 1897/98. Rows include Berlin, larger cities, small cities, industrial rural communities, and other rural communities.

Setzt man die Wählerzahl der I. und II. Abteilung ins Verhältnis zur Gesamtbevölkerung der Jahre 1890 und 1895, wie dies nachstehend für die mehrerwähnten Gemeindegruppen geschieht, so ergibt sich folgende Uebersicht: Es kamen auf je 1000 Einwohner

Table with 4 columns: Location, I. Abteilung, II. Abteilung, III. Abteilung. Rows include Berlin, larger cities, small cities, industrial rural communities, and other rural communities.

Aus einer anderen Tabelle ergibt sich, daß während in Berlin in der Zeit von 1891 bis 1897 die Zahl der Gemeindevähler in der ersten Klasse um 2594 (1,05 Proz.) und in der zweiten um 6622 (4,24 Proz.) gesunken ist, sie in der dritten um 95 088 (6,99 Proz.) gestiegen ist. In 143 anderen Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern sank die Wählerzahl in der ersten Abteilung um 6050 (2,83 Proz.), in der zweiten Abteilung um 10 785 (6,93 Proz.), sie stieg aber in der dritten Abteilung um 221 140 (9,27 Proz.).

Gegenwärtig giebt es in Berlin 961 Gemeindevähler erster, 8408 zweiter und 304 188 dritter Klasse. Nach der Vorlage wird die Zahl der Wähler erster Klasse auf 2027, in der zweiten auf 20 230 sinken und in der dritten auf 282 271 sinken. Die Zahl der Wähler dritter Klasse beträgt jetzt 97,01 Proz., nach der Vorlage 90,08 Proz. Ferner wird nach Annahme der Vorlage die Zahl der Wähler zweiter Klasse in Breslau von 93 auf 83,47 Proz., in Köln von 92,9 auf 84 Proz., in Magdeburg von 92,27 auf 88,34 Proz. sinken, in Königsberg von 92,8 auf 82,78 Prozent. Wenn die Vorlage angenommen wird, wird der niedrige Steuerbetrag der 2. Wähler-Abteilung betragen: in Berlin 100 M. (bisher 943), in Breslau 167 (bisher 301), in Köln 218 (bisher 544), in Königsberg 181 (bisher 511), in Burscheid 378 M. (bisher 1134).

Die Nationalliberalen sind äußerst ungehalten über diese Vorlage. Die Köln. Bz. zitiert von Ausantwortung aller rheinischen Städte an die Mehrheitsheerrschaft der Ultramontanen und von offenkundiger Aufforderung an die Sozialdemokratie, jetzt auch, insbesondere in den Fabrikstädten, den Kampf um die Gemeindevahlen aufzunehmen. Dieser politische Mißgriff gewinnt seinen besonders scharfen und verbitternden Charakter dadurch, daß es gerade einer der früheren leitenden Führer der nationalliberalen Partei ist, der durch ministerielle Unterstützung dieses Gesetzentwurfs diesen schweren Sieb gegen die eigene frühere Partei aufzuführen übernimmt. Wir glauben aber nicht, daß die nationalliberale Partei diesen Kampf zu scheuen haben wird. Sie wird ihn vielmehr mit frischem Kampfesmut aufnehmen und mit allen Kräften den nachdrücklichsten Widerstand dagegen leisten.

Die evangelischen Arbeitervereine halten in Altona eine Generalversammlung ab. Pfarrer Weber zeichnete am Dienstag in der Eröffnungsrede den Charakter dieser Vereine, die das Recht hätten, sich „Arbeitervereine“ zu nennen, da die überwiegende Mehrheit der Mitglieder Arbeiter seien. Die evangelischen Arbeitervereine wollten das beste der Arbeiter, aber alles solle durch Liebe, nicht durch Kampf, wie es die Sozialdemokratie mache, erreicht werden. Durch eine Petition an den Reichstag um Erleichterung von Arbeiterkammern hätten sie ihre guten Absichten bewiesen. Trotzdem also das Lied der Klassenveröhnung als Leitmotiv erklang, mußte im Geschäftsbericht Pfarrer Krndt-Wollmarstein i. Westf. erklären, daß mehr hätte erreicht werden können, „wenn es nicht hin und wieder so manchem der oberen Zehntausend vor dem Sozialismus der evangelischen Arbeitervereine grüßelte und der sich in seinem Gewissen oder in seiner Bequemlichkeit gedrungen fühlte, mit der Macht seiner Stellung den evangelischen Arbeitervereinen entgegenzutreten.“ Danach scheinen die Veröhnungsbefreier noch auch noch nicht ganz ohne den verpönten Kampf durch diese böse Welt zu kommen.

Der weitere Verlauf des ersten Tages der Generalversammlung zeigte allerlei Differenzen zwischen den Teilnehmern, die darauf beruhen, daß die größere Zahl der Vereinsleiter die Vereine völlig im Schlepptau der konservativen oder nationalliberalen Partei und als Waffe gegen die Sozialdemokratie halten wollen, wogegen sich einige Mitglieder dem doch sträuben, so besonders Pfarrer Kaumann, der einige Versuche machte, allzu reaktionären Umwandlungen ein wenig entgegen zu wirken. Eine dieser kleinen, aber nicht uncharakteristischen Mängelchen bezog sich auf das allgemeine, gleiche Wahlrecht. Pfarrer Kaumann führte aus: Das Organ des Gesamtverbandes, der in Gattungen erscheinende „Evangelische Arbeiterbote“, sei für Aenderung des allgemeinen Wahlrechts eingetreten. Er stelle daher den Antrag: „Die Generalversammlung erklärt: Der Gesamtverband der evangelischen Arbeitervereine Deutschlands hält an dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht fest.“ Pfarrer Thim m. Stettin: Er ersuche, diesen Antrag zurückzuziehen, denn er müsse bemerken, daß er das jetzige Wahlrecht einer Aenderung für dringend bedürftig

halte. Graveur Haag-Franfurt a. M.: Diese Bemerkung des Herrn Vorredners mache es erforderlich, den Antrag des Herrn Pfarrers Kaumann erst recht aufrecht zu erhalten. Pfarrer Weber: Er müsse doch den Pfarrer Kaumann ersuchen, den Antrag zurückzuziehen, da doch der „Ev. Arbeiterbote“ nur Anzeigebblatt der evangelischen Arbeitervereine sei. Pfarrer Kaumann: Wenn dies und weiter erklärt wird: Der Gesamtverband übernimmt für den politischen Teil des „Evang. Arbeiterbote“ keine Verantwortung, dann wolle er seinen Antrag zurückziehen. Die Versammlung stimmte einer derartigen, von Pfarrer Weber beantragten Erklärung zu, danach erklärte Pfarrer Kaumann, daß er seinen Antrag zurückziehe. Das Organ des Verbandes darf also ruhig weiter Seite an Seite mit den Stimm und Kardoff gegen das Reichstags-Wahlrecht wählen. Abschließend legte ein Ausspruch des Redakteurs des „Rheinisch-Westf. Tagbl.“, Herrn Quandel, Zeugnis von der Art dieser Arbeitervereine ab; er sagte in einer Polemik gegen die „Liffe“: „Auch er wolle die sociale Frage behandelt wissen, aber nicht in einer Weise, daß die Arbeiter wach werden und in das social-demokratische Lager abzuweichen. Dies scheinen aber die Herren Kaumann und Gögge zu beabsichtigen.“

In der Mittwochs-Sitzung befragte Prof. Häveden-Kassel die Errichtung von Arbeiterkammern.

Majunke, der eben verstorbenen Centrumskämpfer, war der tieferen Richtung der Partei nicht sonderlich angenehm. Das geht auch aus dem Nachruf der „Kölnischen Volkszeitung“ hervor, in dem es u. a. heißt:

Die Art, wie er die Behandlung konfessioneller Fragen aus der Publizität auf die Tribüne übertrug, war zwar durch die Exzesse auf gegnerischer Seite erklärlich, aber doch zuweilen derart, daß sie auch bei seinen Fraktionsgenossen Bedenken erregte. Diese Meinungsverschiedenheiten werden dazu beigetragen haben, daß er 1884 seine Mandate niederlegte und die Parteiliste zu Gochsich übernahm. „Große Bekannten erregten, auch in katholischen Kreisen, seine in das Gebiet der Mystik und Prophezie hineinziehenden Studien; so früher die seltsame Schrift „Louise Latour, ihr Wunderleben und ihre Bedeutung im deutschen Kirchenkonflikt“ (1874), später seine wunderlichen Forschungen über die technische Weissagung und manche Bemerkungen über den Tarichswindel, namentlich in den letzten von ihm allein bearbeiteten Ausgaben der „Geschäftsblätter“. Sein immer wiederholter Versuch, den Selbstmord Luther's als geschichtliche Thatsache zu erweisen, haben auf katholischer Seite eine fast einstimmige Ablehnung gefunden. Politisch hat M. der Centrumsfraktion manche Verlegenheiten bereitet. Schon während seiner parlamentarischen Zeit war sein Verhältnis zu Windthorst und anderen Mitgliedern der Fraktion getrübt, und die weitere Thätigkeit derselben war vielfach nicht nach seinem Geschmack. Im Septemberjahr 1887 trat er offen mit seiner Theorie vom Centrum als einer rein konfessionellen Fraktion ohne eigentlichen politischen Aufgaben hervor. ... Die Wege Majunke haben ihn, politisch und wissenschaftlich, immer weiter abgeführt von demjenigen Ziele, die wir im Interesse der Kirche und des Staates innehalten zu müssen glaubten.“

Für einen Ausbau der Flotte in schnellerem Tempo, als nach der Marinevorlage bestimmt ist, tritt wiederum die Stimmlose „Post“ auf. Seit Aufstellung des Zeitplanes für den Ausbau unserer Flotte hätten sich die Verhältnisse infolgedessen wesentlich geändert, als andere Seemächte ihre Rüstungen zur See seitdem so gesteigert und beschleunigt haben, wie es damals nicht vorausgesehen und auch nicht vorausgesehen war.

Die „Post“ giebt damit zu, daß diejenigen recht hatten, die einer Bindung des Parlaments für sechs Jahre widersprachen. Der Reichstag begiebt sich durch solche Festlegung des Rechts, einschneidenden Einfluß zu üben, ohne dafür die Sicherheit vor Mehrforderungen innerhalb der Periode zu erhalten. Als es galt, die Marinevorlage durchzubringen, wurde erklärt, die Regierung müßte für eine Anzahl von Jahren sich planmäßig einrichten können. Jetzt ist der große Plan plötzlich veraltet, die Voraussetzungen haben sich geändert, und eine neue Marinevorlage sei notwendig. Damit haben gerade unsere Flottenschwärmer bewiesen, daß der Reichstag unter der Führung des Centrums pflichtwidrig und einseitig handelte, als er einem sogenannten festen, aber schon nach ein paar Monaten wieder zerbröckelnden Flottenplan zuliebe einen bedeutenden Teil seines Bewilligungsrechts preisgab.

Ein Nachtragsteuergesetz soll demnächst dem preussischen Abgeordnetenhaus zugehen. Ein Posten bezieht sich auf den Ausbau der Saalburg.

Schuh vor Schulenten. Von einem unerhörten Auftritt in Reumünster berichtet ein Kieler Blatt. Der Held der Straßenkämpfe, denn zu einer solchen soll der Vorgang ausgeartet sein, ist ein Polizist, der einen Betrunknen verhaften wollte, den zwei Kameraden in ihre Mitte genommen hatten und nach Hause bringen wollten. Als er auf einigen Widerstand stieß, hieb er mit dem Seitengewehr los und rief eine Anzahl Soldaten zu Hilfe. Nun entstand eben, wie das betreffende Blatt berichtet, eine förmliche Schlacht, bei der das Blut in Strömen floß. Selbst auf den bewußtlos daliegenden Betrunknen soll der Polizist noch mit der Waffe eingeschlagen haben. Hoffentlich werden sich die Gerichte mit dem Fall befassen und der empörten Öffentlichkeit Genugthuung verschaffen. Oder werden die Mißhandlungen auf der Anklagebank Platz nehmen müssen?

Aus Elsfah-Vohringen, 23. Mat. (Sig. Ber.) Die Bewegung zu Gunsten der Oeffentlichkeit der Sitzungen unserer Gemeindevertretungen hat einen nicht zu unterschätzenden Erfolg zu verzeichnen. Auf Anregung seiner socialistischen Mitglieder hatte der Gemeinderat die Stadt Strahburg zu Beginn dieses Jahres dem Landesansicht die Bitte unterbreitet, derselbe wolle die Oeffentlichkeit der Gemeinderatsitzungen für zulässig erklären und dengemäß den § 48 der Gemeinde-Ordnung dahin abändern, daß für Kreishauptorte und Städte mit mehr als 25 000 Einwohnern auf Antrag ihrer Gemeinderäte durch kaiserliche Verordnung die Oeffentlichkeit der Sitzungen angeordnet werden kann. Dieser Petition haben sich die Gemeindevertretungen der unterelbischen bzw. lothringischen Städte Hogenau, Saargemünd, Wolchen und Reg angeschlossen, während die Kreistatler Behörden der oberelbischen Städte Passirg, Colmar, Mühlhausen und Gebweiler sich gegen die Oeffentlichkeit ausgesprochen. Nunmehr hat die erste Kommission des Landesausschusses, an welche die Strahburger Petition verwiesen worden war, mit allen gegen eine Stimme beschlossen, den Antrag zu beantworten und denselben dem Plenum zur Annahme zu empfehlen. Es wurde dabei hervorgehoben, daß in fast allen europäischen Staaten, Mecklenburg ausgenommen, die Oeffentlichkeit der Sitzungen der Gemeindevertretungen eingeführt und daß es ein Gebot der Gerechtigkeit sei, die Verhandlungen aller öffentlichen Körperschaften der öffentlichen Kontrolle zu unterstellen, da auf diese Weise der Gemeinsum der Bevölkerung besetzt und erzwecklich auf diese eingewirkt werde. Der Vertreter der Regierung gab die Erklärung ab, diese werde sich gegenüber dem Antrage, falls derselbe im Landesauschusse eine Mehrheit erhalten sollte, nicht ablehnend verhalten. An der Annahme des Kommissionsantrages im Plenum unserer Volksvertretung dürfte kaum zu zweifeln und die erste Stufe auf dem Wege zur Oeffentlichkeit der Sitzungen unserer größeren Kommunalvertretungen damit erreicht sein. Dabei sind diese erst einmal der Segnungen einer öffentlichen Verhandlung ihrer Angelegenheiten zu erfreuen, dann wird man auch den kleineren Orten diese Schwierigkeit mehr lange vorenthalten können.

Skandale über Skandale. Aus Hessen wird uns geschrieben: Amfer Vaterländischen kommt aus den Skandalen gar nicht mehr heraus. Erst leistet sich Mainz einen Gasanstalts-Skandal, der seinesgleichen sucht, dann prozessiert in Offenbach der Oberbürgermeister und sein befohlener Beigeordneter miteinander, zwischenwärtig wird in Darmstadt der Landgerichts-Direktor schäfer disciplinär gestraft, weil er nicht gerade sehr schöne Privatgeschäfte mit einem vertrachten Fabrikanten gemacht hat, und

dann folgt das häßliche Schuf-Panama in Darmstadt. Damit aber auch die Provinz Oberhessen nicht ohne Skandalen bleibt, ist der Giechener Schlachthausverwalter Wöhl durchgebrannt. — Wenn übrigens nicht alle Anzeigen trügen, wird der Fall Küchler noch einmal gründlich aufgerollt.

Friedens-Konferenz im Haag.

Nicht nur zum Kriegsführen sondern auch zum Friedensspielen gehört Geld, viel Geld. Daran erinnert der Haager Briefschreiber der Münchener „Allgemeinen Zeitung“, der über die finanziellen Ansprüche der Weltfriedenskonferenz berichtet:

Die Delegierten zur Friedenskonferenz sind bereits mehrfach in unliebbaren Besse von den Kosten überrascht worden, welche ihnen ein längerer Aufenthalt im Haag verursachen wird. Belanntlich zeichnet sich das Leben in Holland auch in gewöhnlichen Zeiten nicht gerade durch Billigkeit aus. Wenn aber eine besondere Gelegenheit eintritt, so zeigen sich die Holländer gleich als ausgezeichnete Geschäftsleute und die Haager Gasthofsbesitzer sagten sich, daß es sich für Mitglieder einer Friedenskonferenz nicht schiden würde, mit ihnen wegen der gelassenen Hotelpreise einen Streit anzufangen. Die niederländische Hofstadt, die sonst keinen großen Fremdenbesuch aufzuweisen hat, besitzt nur wenige Hotels, die nicht einmal durch ihre Größe glänzen. Die Ankunft von einigen Hundert Personen rief gleich eine Ueberfüllung hervor und damit natürlich die Verdreifachung der Preise. Die hier versammelten Diplomaten sind daher gleich am ersten Tage zur Wahrnehmung gelangt, daß der ihnen zur Verfügung gestellte Kredit für ihre Bedürfnisse lange nicht ausreichen wird. Das meiste Geld hat Herr v. Staal mitgebracht, nämlich 150 000 Rubel, die ihm seine Regierung bewilligte. Er wird bis zum Schluß der Konferenz mindestens das Doppelte ausgeben müssen. Die übrigen Delegierten besitzen 300—500 Francs täglich und dabei ist bei dem teuren Leben noch Sparsamkeit notwendig! Recht häusfertig hat sich das niederländische Parlament benommen, indem es für die gesamten Kosten nur die Summe von 75 000 Gulden bewilligte, während die Stadtvertretung von Haag überhaupt jeden Kredit ablehnte.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Vor längerer Zeit wurde der aus dem Braunschweigischen stammende Fuhrenknecht Franz G. vom Kriegsgericht wegen Majestätsbeleidigung und Gebotensverweigerung zu drei Jahren und einem Monat Gefängnis verurteilt und aus dem Heere ausgeschieden. Von Köln kam er ins Gefängnis Gefängnis. Hier beging er sofort wiederum eine schwere Majestätsbeleidigung und wurde am 28. November v. J. zu einer Inhaftstrafe von einem Jahre und fünf Monaten verurteilt. Damit noch nicht genug, beging er wieder im Gefängnis zum dritten Male schwere Majestätsbeleidigungen. Wegen dieser sollte er sich am 1. Februar d. J. vor der Essener Strafammer verantworten. Die Strafkammer fing aber an, an der Urrechtsfähigkeit des R. zu zweifeln und ordnete deshalb an, daß er zunächst längere Zeit in einer Irrenanstalt beobachtet werde. Das ist geschehen, und nunmehr bedenkete, wie die „Essener Neuesten Nachrichten“ melden, der Sachverständige Dr. Peritt, Direktor der Irrenanstalt in Grafenberg, daß der Angeklagte zeitweilig an festigen Verstandeskräften leide und daß er dann für sein Thun nicht verantwortlich zu machen sei. Unter diesen Umständen erliefte die Strafkammer auf Freisprechung.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Die Ausgleichskrisis verschärfte sich in höherem Maße. Das offiziöse „Freundenblatt“ meldet: Nach einer dreitägigen Konferenz der österreichischen und ungarischen Minister über den Ausgleich fand am Dienstag unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Grafen Thun eine dreieinhalbstündige Beratung der österreichischen Minister statt. Am Abend hatte Graf Thun mit dem Grafen Goluchowski eine längere Besprechung.

Am Mittwochmittag fand eine zweistündige Beratung der österreichischen und ungarischen Minister unter dem Vorsitz des Kaisers in der Hofburg statt. Offenbar ist die Situation sehr schwierig geworden. Das Ministerium Thun ist am Ende seines Letztens angelangt.

Das Programm der deutschen bürgerlichen Oppositionsparteien, dessen Inhalt wir gestern mitteilten, wird von der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ wie folgt besprochen:

Dieser weisheitliche, oft die unbedeutendsten Kleinigkeiten herabstufende Entwurf hat den denkbar größten Fehler, den er haben könnte: Er vergißt ganz, daß in diesem unglücklichen Oesterreich die Reichsdeutschen keine kleine, nichtwachsende Minorität sind und daß die slavischen Stämme keine erbarmlichen Barbarenvölker sind, die sich gutwillig in die zweite Reihe rücken lassen. Das Programm behandelt die Czechen in Mähren, die Slowenen in Steiermark, ja selbst die in Krain, die Slaven in Schlesien als eine quantitas negligible, als Völker zweiten Ranges, denen nur ein verflämmeres Recht, das nicht einmal der realistischen Notwendigkeit genügt, gewährt werden könne. Das ist keine deutschnationale, das ist rüchliche Politik. Die Deutschen können in diesem Reiche nur die Ersten unter Gleichen sein; ihr Programm kommt deshalb um ein paar Menschenalter zu spät. Ein kulturell entwickeltes Volk kann man nicht unterdrücken, soll man nicht unterdrücken, und die Deutschen würden dem deutschen Volke wahrlich viel mehr und viel besser nützen, wenn sie den Slaven geben würden, was der Slaven Recht ist, weil auch dann sie viel leichter erzielten, was als ihr Recht sich darstellt.

Jawohl, veraltet ist dieses Programm. Ein national-politisches nennt es sich, und nicht eine Peile, nicht ein Wort steht darin, wie dieses politisch so rückständige Oesterreich umgeformt und möglich gemacht werden soll. Ein Punkt dieses entsetzlichen weitwändigen Programms spricht Wände. Die Abgeordneten der Städte, Handelskammern und der Landgemeinden in böhmischen Landtag, heißt es darin, werden in nationale Kurien eingeteilt. Einen Zustand, wo es keine Abgeordneten der Handelskammern geben würde, können sich diese in den alten Vorurteilen eingepönten Menschen gar nicht denken; nicht einmal einen, wo außer den privilegierten Abgeordneten auch wirkliche Volksvertreter im böhmischen Landtag sitzen würden! Unzähligmale wird in dem Programm von Wahlforderungen geredet; nirgends steht aber ein Wort vom Wahlrecht. Dem Programm merkt man sehr deutlich an, daß es von privilegierten Parteien verfaßt ist; es ist national-erobere- und politisch-Verständnislos. Aber auch in nationalen Dingen entscheidet nur die innere Kraft der Völker, und wenn die Deutschen eine Politik machen lediglich für Adel und Bourgeoisie, so kann kein papierenes Gesetz ihnen ein künstliches Gewicht über die anderen Volksstämme verschaffen.

Es ist kein Pfingstwunder, dieses Pfingstprogramm, sondern das leidenschaftliche Oesterreich. Die Apostelgeschichte erzählt uns das Wunder, wie die Jünger, die am Pfingsttage einmütig beisammen waren, in verschiedenen Sprachen zu reden begannen, so daß jeder von dem zusammenströmenden Volke „aus allerlei Nationen“ in seiner eigenen Landessprache reden hörte. Die Völker Oesterreichs verhalten einander nicht mehr. In dem mühseligen Gewirr von Stimmen ist kein Ton zu hören, der alle ergriff, den jeder als vertrauten begreift.

Frankeich.

Die militärischen Tumultuanten. Paris, 22. Mat. (Sig. Ber.) Die Generalstabspreffe macht viel Lärm um die Vorgänge in Grenoble. Nach ihrer verlogenen Darstellung wären die Offiziere und der Cercle militaire (Offizierklub) von den socialistischen Manifestanten ohne jeden Anlaß angegriffen worden. Die Wahrheit ist, daß die Offiziere schwere Provokationen begangen haben. Nicht genug damit, daß sie unter Verletzung des Gesetzes an den antisemitischen Kundgebungen zu Ehren Drumonts und Wag Nögts — einige sogar in Uniform — teilnahmen, fielen sie mit Stockschlägen über die socialistischen Manifestanten her. Ein lokales Bourgeoisblatt berichtet, daß

acht Offiziere in Zivilkleidung, die Dramont zum Bahnhof begleiteten, über Manifestanten herfielen, die lediglich Hochrufe auf die Republik ertönen ließen. Dabei wurden zwei der Ueberfallenen schwer verwundet. . . Die antisemitischen Pratorianer glaubten offenbar, noch immer in den herrlichen Zeiten zu leben, wo in Paris und anderswo Hochrufe auf die Republik mit Stochschlägen und Verhaftung der Geprügelten geahndet wurden. Die Arbeiter von Grenoble haben sie über den Anarchismus aufgeklärt. Das Einwerfen der Fenster im Offiziersklub war die Antwort auf die pratorianischen Uebergriffe. Letzteres wird ausdrücklich konstatiert von dem Grenoble-Korrespondenten des „Progrès de Lyon“, eines gut bourgeoisen Blattes. — Die Vorgänge werden in der Kammer behandelt werden. Neben dem Generalstabschef Millevoye wird Genosse Jévas, der Abgeordnete von Grenoble, interpellieren, der an Ort und Stelle sich erkundigt. —

Paris, 24. Mai. Deputiertenkammer. Millevoye will über die Ruhestörungen in Grenoble interpellieren. Der Ministerpräsident Dupuy erwidert, mehrere Personen seien festgenommen worden und würden vor Gericht gestellt werden. Dupuy verlangt Vertagung der Diskussion, die mit 374 gegen 65 Stimmen beschloffen wird. Darauf wendet sich die Kammer wieder zu den Interpellationen betreffend Algerien. Der Socialist Rouanet greift die Antisemiten heftig an. Morinard, der Deputierte Algeriens, nennt ihn darauf einen Feigling. (Lebhafte Lärm.) Nachdem die Ruhe wieder hergestellt ist, ruft der Journalist Papillaud von seinem Plage auf der Journalistentribüne: „Ja, Sie sind ein Feigling!“ Der Lärm beginnt von neuem. Der Präsident läßt die Tribüne, auf welcher sich Papillaud befindet, räumen. Rouanet fährt darauf in seiner Rede fort. —

Im weiteren Verlauf seiner Rede erklärt Rouanet, die algerischen Antisemiten möchten die Juden zum Nutzen einiger Ausländer der französischen Bürgerrechte berauben. Pascal Grouffet beantragt, daß die Rede Rouanets in ganz Algerien angeschlagen werde. Der Antrag wird mit 267 gegen 131 Stimmen abgelehnt und hierauf wird die Sitzung geschlossen.

Zur Revision der Dreifuß-Prozesses. Der Bericht Vallot-Beaupré beschäftigt den Ministerrat am 23. d. M. Die verurteilten, schiebt der Bericht nicht mit bestimmten Entwürfen ab, sondern mit einem der Revision günstigen Gutachten, das den Weg der Revision offen läßt. Der Bericht Vallot-Beaupré wird erst Sonnabend dem Kassationshof vorgelegt. Die öffentliche Verhandlung beginnt Montag, den 29. Mai.

„Demokratische Neuerung.“ Paris, 24. Mai. Bei seinem Aufenthalt in Dijon führte Präsident Loubet die Neuerung ein, daß er alle von seiner Hand defizierten Militärs, auch Unteroffiziere und Soldaten, bei der Ueberreichung der Auszeichnung umarmte. Der hochmögliche Lederhändler Faure hatte eine strengere Etiquette beobachtet; er umarmte die Offiziere, krönte dann sein olympisches Haupt mit dem blendenden Zylinder und reichte den Militärs, die keinen Offiziersrang hatten, die Ehrenzeichen. Sie mußten sich zu fassen, da die Auszeichnungen sonst aus seiner erlauteten Hand fielen. „Gaulois“ jammert über Loubets demokratische Neuerung“ und erklärt, nun sei es mit dem Heere vollständig zu Ende.

Paris, 24. Mai. „Siecle“ zufolge ist die französische Regierung mit der Haltung ihres Gesandten in Brüssel in der Angelegenheit der dortigen Handelskammer durchaus nicht einverstanden. Um jedoch den Konflikt nicht zu verschärfen, habe das Ministerium beschloffen, falls in der Kammer eine hierauf bezügliche Interpellation eingebracht werden sollte, die Vertagung um einen Monat zu verlangen.

Rußland.
Von der Pressefreiheit in Rußland. Helsinki, 24. Mai. Der Wochenausgabe der „Kvae Pressen“ wurde wegen eines Artikels mit der Ueberschrift „Veränderte Verhältnisse“ eine ernste Verwarnung erteilt. — Ein Besuch des Magisters Snellman um die Erlaubnis zur Herausgabe zweier neuer Zeitungen wurde unter der Bedingung bewilligt, daß die Redactoren sich verpflichten, keinen Artikel über Maßnahmen der Regierung ohne Genehmigung des Generalgouverneurs aufzunehmen. — Das Verbot des Erscheinens der Zeitung „Pohjalainen“, welches für 3 Monate ergangen war, ist auf die Dauer von 6 Monaten verlängert worden. —

Ueber einen neuen Gewaltstreik gegen Arbeiter wird uns aus Dombrowo in Ostgalizien geschrieben: In dem in der Nähe liegenden Fabrikort Sielec brach in einer Fabrik, die neunhundert Arbeiter (darunter die Mehrzahl Frauen) Anfang dieses Monats ein Streik aus, an dem sich sämtliche Arbeiter beteiligten. Sie forderten eine Lohnerhöhung von 10—20 Kopelen (20—40 Pf.) pro Tag. Das Verlassen der Arbeit ohne vorhergehende Kündigung wird nur in Rußland mit Gefängnis bis zu 1½ Monaten bestraft. Die Arbeiter hatten aber in diesem Falle den 15tägigen Kündigungsfrist innegehalten, hatten sogar die Arbeit, da sie noch immer auf eine Erfüllung ihrer Forderungen hoffen, erst mehrere Tage nach Ablauf desselben niedergelegt. Die Arbeiter hielten sich während des ganzen Streiks musterhaft, jede Demonstration wurde vermieden, besondere Delegierte waren fürsorglich gegen jede Ruhestörung und Anhäufung auf den Straßen bedacht, um der Polizei keine Veranlassung zum Eingreifen zu geben. Bereits einen Tag nach Eröffnung des Streiks erschienen bei mehreren Arbeitern Gendarmen und forderten sie auf, die Arbeit wieder aufzunehmen. Am 5. Mai langte der Fabrikinspektor des Gouvernements, Selojki mit dem Gendarmenleutnant und zahlreichen Gendarmen an und versuchten ohne die geringste Veranlassung Verhaftungen vorzunehmen, indem sie in mehreren Arbeiterwohnungen Untersuchungen anstellten. Am 7. Mai erschienen sechzig Gendarmen, begleitet von einer Sotnja (Hundert) Kosaken und nahmen vierzehn Verhaftungen vor, nachdem sie sämtliche Arbeiterwohnungen untersucht hatten, ohne hierbei natürlich gerade zart zu verfahren. In der Nacht vom Montag auf Dienstag wurden wieder zehn Arbeiter verhaftet und unter Kosakenbegleitung angeblich nach Dombrowo geschickt. Am Dienstagmorgen gegen 6 Uhr wurden die Arbeiter unter Gewaltmaßnahmen auf dem Fabrikhof zusammengejagt und dort bis gegen Mittag gefangen gehalten; nachdem weitere 60 Verhaftungen auf der Stelle vorgenommen waren, wurden die übrigen von den Kosaken, die hierbei mit scharf geladenen Karabinern die Arbeiter bedrohten, wieder auseinandergejagt. Ein kleines Kosakenpöbelchen! Am nächsten Tage erschien der Gouverneur Miller in Sielec und die Arbeiter, die sich vergeblich bemüht, von diesem höchsten Verwaltungsbeamten der Provinz Gerechtigkeit zu erlangen, im Gegenteil mit neuen Gewaltstreichen sich bedroht sahen, waren endlich gezwungen, die Arbeit unter den alten Bedingungen wieder aufzunehmen. 80 Proz. der Arbeiter meldeten sich am 10. Mai wieder zur Arbeit — der glühende Haß aber, den die Arbeiterklasse Rußlands zu seinen kleinen und großen Despoten und der Kosakenwirtschaft hegt, wird durch diesen neuen Gewaltstreik neue Nahrung erhalten. —

Afien.
Die Russen in China. Nach einer den „Times“ aus Shanghai zugegangenen Depesche berichtet ein halbamtliches chinesisches Blatt, daß der mandchurische Militärgouverneur in Peking wegen der steigenden Zahl russischer Truppen in dem ihm unterstehenden Gebiet seine Entlassung eingereicht habe. Ein Telegramm aus Alahabad an die „Times“ berichtet: Nach glaubwürdigen Berichten aus Jarland (Chinesisch-Ostturkestan) hat ein englischer Angriff auf zwei in Kasagar amassige Schwedische Missionare, Hogberg und Kaquette, und deren Frauen stattgefunden. Der britische Agent Macarney eilte ohne militärische Begleitung zu deren Rettung herbei. Danach sandte der russische Generalkonsul eine Kosakenescorte für die Ueberfallenen. Die Frauen begaben sich zu ihrem Schutze nach dem russischen Konsulat, während die Missionare selbst im Missionshause blieben. —

Amerika.
Nordamerika und die Samoafrage. Die „Internationale Korrespondenz“ verbreitet folgende Drahtmeldung: New York, 21. Mai. Der Marinesekretär Long hat dem Präsidenten eine umfangreiche Denkschrift darüber eingereicht, daß es im Interesse der maritimen Machtstellung der Vereinigten Staaten im Stillen Ocean dringend geboten sei, eine der Samoainseln gänzlich in Besitz zu nehmen und auf derselben einen Kriegshafen ersten Ranges zu errichten. Hierzu würde sich am besten Pago-Pago eignen. Mac Kinley wird voraussichtlich die Denkschrift dem zu einer außerordentlichen Sitzung einzuberufenden Kongreß vorlegen und auf Grund dessen die Teilung der Samoainseln zwischen den drei Schutzmächten vorschlagen. —

New York, 24. Mai. Eine Depesche des „New York Herald“ aus Manila besagt, die Rebollmächigen der Philippinen würden keinen einzigen der von den Amerikanern gemachten Vorschläge annehmen, sondern mihmütig zu Aguinaldo zurückkehren. —

Partei-Nachrichten.

Der Kongreß der belgischen Arbeiterpartei nahm eine Resolution gegen den Militarismus an, in der ausgesprochen wird, daß die im Haag tagende Friedenskonferenz notwendigerweise unwirksam bleiben muß und daß der Socialismus allein den Frieden bringen kann. Ferner wurde eine Resolution angenommen, die der besseren Pflege der gewerkschaftlichen Organisation das Wort redet. Die Agitatoren sollen sich mehr mit Fragen der Gewerkschaftsorganisation beschäftigen, es sollen Gewerkschaften für Frauen gegründet werden, alle Genossen, die ein Parteimandat annehmen, sollen Mitglied ihrer Gewerkschaft sein. Der Beschluß der administrativen Sektion, die Parlamentsmitglieder der Partei sollten von ihren jährlich 4000 Fr. betragenden Diäten 1000 Fr. an die Parteikasse zahlen, wurde vom Kongreß wie 1897 verworfen. Es wurde weiter beschloffen, die neue Unversität zu unterstützen und das industrielle Institut auf Kosten der Partei aufrecht zu erhalten. Dieses Institut soll Vorarbeiter und Beamte für die Gewerkschaften ausbilden. Der Kongreß nahm die anti-alkoholische Resolution der vierten Sektion an und sprach die Hoffnung aus, daß die neuen Volkshäuser den Verkauf des Alkohols verbieten werden. Ebenso erteilte er der „Ligue anti-alcoolique“ den Auftrag, für das Verbot in den alten Volkshäusern, wo der Alkohol noch verkauft wird, zu agitieren.

Auch wurde der Wunsch nach Gründung anti-militaristischer Gruppen unter den jungen Leuten ausgesprochen.

Die für den Augenblick wichtigste politische Frage, die der Kongreß in zwei Gruppen spaltete, war die proportionelle Vertretung. Wie man weiß, sind die Socialdemokraten im Vorzuge dieser Reform feindlich gesinnt. Mit 219 Stimmen wurde beschloffen, daß die Partei die proportionelle Vertretung in das Programm aufnimmt gleichzeitig mit dem allgemeinen gleichen Stimmrecht. Die Organisationsmitglieder sind verpflichtet, dafür einzutreten. Die Organisationsmitglieder sind verpflichtet, dafür einzutreten. Die Organisationsmitglieder sind verpflichtet, dafür einzutreten. Die Organisationsmitglieder sind verpflichtet, dafür einzutreten.

Der Parteivorstand besteht aus den Genossen Delporte, Vollaert, Seruy, Dewinne, Winters, Furnemont, Raes, C. Desuisseaux und Defnet.

Siebente ordentliche Generalversammlung der Vereinigung aller in der Schmiederei beschäftigten Personen.

In der Sitzung vom 24. Mai wird zunächst der Punkt Arbeitslosen- und Reise-Unterstützung beraten. Liesegang, Berlin erstattete den Kommissionsbericht, der in einigen Paragrafen Neuerungen enthält. Inzwischen teilt Lange das Hinscheiden des Parteigenossen Samuel Kolodly mit. Die Delegierten erheben sich von ihren Plätzen. — Nach einer längeren Debatte werden folgende Normen festgesetzt: Der wöchentliche Organisationsbeitrag inkl. Arbeitslosen- und Reiseunterstützung wird für männliche Mitglieder auf 0,25 M. erhöht. Ferner steht jedem Mitglied Arbeitslosen-Unterstützung für 42 Tage im Jahre zu, und zwar nach 52 hintereinander folgenden Beiträgen pro Tag 1 M., nach einer Mitgliedschaft von 156 Beiträgen pro Tag 1,50 M. und nach 312 und mehr Beiträgen 2 M. pro Tag. Für gemahregelte Kollegen nach § 3 c werden Umzugskosten nach einem anderen Orte bis zu 75 M. bewilligt.

Zu der Statutenberatung lagen eine große Anzahl Anträge vor, welche fast durchweg abgelehnt wurden. Die Statuten erfuhren keine wesentlichen Änderungen.

In der Nachmittags-Sitzung steht zunächst die Frage: Beamtenanstellung und Gehaltsfrage zur Beratung. Hilmer, Hamburg verbreitete sich des längeren über die Notwendigkeit der Anstellung eines Beamten, die auch allseitig anerkannt wurde. Die Geschäfte haben sich, in Verbindung mit der Arbeitslosen-Unterstützung, derartig angehäuft, daß die Forderung unumgänglich ist.

Nach langer Debatte wird Lange-Hamburg mit 1700 M. jährlichem Gehalt angeeilt.

Die Anstellung eines zweiten Beamten soll durch Urabstimmung entschieden werden. Den übrigen Centralbeamten werden 3 Prozent, den Ortsverwaltungsbeamten 5 Prozent der Einnahmen zugesprochen. Als Sitz des Vorstandes wird Hamburg bestimmt und ergibt die Wahl folgendes Resultat: erster Vorsitzender: Lange, zweiter Vorsitzender: Brehmer, Schriftführer: Kamys, Revisoren: Dürr, Lopp, Kummerich, Kaimmer, Erziehungsmänner: Fischer, Kleikamp. Der Ausschuß bleibt in Kiel und die Prehkommision in Berlin.

Schrader, Leipzig befristet die Aufnahme einer Statistik. Der Vorstand wird mit der Veranstellung beauftragt. Hänel und Lange gaben einen kurzen Ueberblick auf die beendeten Arbeiten und wird hierauf die Generalversammlung geschlossen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Vorstand des Verbandes der Arbeitgeber für das Maurer- und Zimmerergewerbe in Berlin und den Vororten hat nun auch zur Frage der paritätischen Arbeitsnachweise Stellung genommen und sich ebenfalls auf den brutalen Unternehmer-Standpunkt gestellt, den derselbe ja auch in anderen sozialen Fragen so rigoros hervorgekehrt hat. Die vom Vorstande vertretene und von den Mitgliedern geteilte Ansicht geht nämlich dahin, daß die Arbeitsvermittlung lediglich Sache der Herren Unternehmer sei und daß den Arbeitern keinerlei Rechte und Ansprüche auf die Mitverwaltung von Arbeitsnachweisen zuständen. In diesem Sinne soll eine Eingabe an den Staatssekretär des Innern Grafen von Posadowsky gerichtet werden.

Zur Lohnbewegung der Steinseifer. In Spandau legten gestern früh die bei den Steinseiferen Bunt- und Gabbrowitz beschäftigten Steinseifer die Arbeit nieder behufs Durchführung des im Frühjahr aufgestellten Lohntarifes. Der Erfolg war ein vollständiger, denn schon um 11 Uhr vormittags wurde die Arbeit zu den neuen Bedingungen wieder aufgenommen. Daß die Angelegenheit so schnell und ruhig erledigt wurde, ist lediglich dem faktuellen Eingreifen der Leitung der Organisation zuzuschreiben. Bewilligt ist folgendes: Neunstündige Arbeitszeit, 5 Pf. Lohnerhöhung pro Stunde (von 60 auf 65 Pf.), Ueberstunden von 6—9 Uhr abends) 26 Prozent Aufschlag, Sonntags- und Nachtarbeit (von 9 Uhr abends bis 7 Uhr morgens) 50 Proz. Aufschlag; Sonnabends eine Stunde früher Feierabend ohne Lohnabzug, desgleichen an den Heiligabend um 3 Uhr nachmittags. Ferner verpflichteten sich die Unternehmer, für Verbänden und dafür zu sorgen, daß die Arbeiter ihre Bedürfnisse verrichten können, ohne dafür Geld ausgeben zu müssen. Diese Vereinbarung gilt bis zum 1. Juli 1902 und gilt als stillschweigend auf weitere zwei Jahre verlängert, wenn von keiner Seite spätestens einen Monat vor Ablauf derselben gekündigt wird.

Deutsches Reich.

Eine Konferenz der Textilarbeiter und Arbeiterinnen Schlesiens fand am Sonntag in Schwidniz statt. Ursprünglich sollte dieselbe in dem dortigen Gasthause „Zu den drei Linden“ stattfinden. Im letzten Augenblick zog aber der Wirt seine Zulassung zurück, weil ihm mit dem Militärkontrollrat gedroht wurde. Anlaß zu diesem Vorgehen hat sicher die in Schwidniz erscheinende konterbative „Mundschau“ gegeben, die die Konferenz als eine socialdemokratische bezeichnet hatte. Da nun ein Lokal fehlte, so mußte die Konferenz in einer Privatwohnung abgehalten werden. Der Liebe Mühe war vergeblich gewesen. Beschied war die Konferenz von 11 Verbandsspitzen durch 19 Delegierte. Seit der vorjährigen Konferenz ist die Zahl der Verbandsmittglieder von 1800 auf 2000 gestiegen. Die schlesischen Textilarbeiter und Arbeiterinnen machen ein Drittel der Arbeiterschaft der Provinz Schlesien aus. Das Agitationskomitee, das seinen Sitz in Landeshut hat, soll nach Bedürfnis Flugblätter herausgeben und wurde beschloffen, daß pro Mitglied vierteljährlich von den Filialen 5 Pfennig an das Agitationskomitee gezahlt werden soll.

In Wiersen (Rheinproving) haben 1000 Arbeiter der Altien-Spinnerei die Kündigung eingereicht.

Der Streik der Tischler in Burg bei Magdeburg dauert bereits die achte Woche. Trozdem nur ein einziger „Arbeitswilliger“ aus den eigenen Reihen zu verzeichnen ist, sind die Unternehmern zu Verhandlungen nicht geneigt. Die verlangte neunstündige Arbeitszeit ist der Brennpunkt der ganzen Bewegung, den verlangten Accordjag würden die Herren eben bezahlen. Es ist deshalb notwendig, den Zugang nach Burg so lange fernzuhalten, bis der Streik von der Lohnkommission für beendet erklärt wird.

Aus St. Johann (Saar) wird der „Frankf. Jtg.“ gemeldet: Die ganze Belegschaft der Grube Spittel ist wieder ausständig, da die Direktion erklärte, auf die Forderung der Vergleute nicht eingehen zu können, weil sonst das Fortbestehen der Grube gefährdet sei.

Nachklänge vom lothringischen Bergarbeiterstreik. Vor einigen Tagen gingen durch die bürgerliche Presse allerhand Sensationsnachrichten über angebliche Massenverhaftungen von streikenden Bergarbeitern, die während des letzten Ausstandes auf den de Wendelschen Gruben in Rosseln schwere Angriffe auf Leben und Eigentum ihrer am Streik nicht beteiligten Kameraden verübt und diese dadurch zum Einstellen der Arbeit gezwungen haben sollen. Diese Meldungen sind durchweg stark übertrieben und zum Teil völlig aus der Luft gegriffen. Im ganzen sind, wie jetzt zuverlässig verlautet, wegen angeblicher Ausschreitungen gegen nichtstreikende Arbeiter elf Verhaftungen vorgenommen worden, von denen jedoch nur drei aufrechterhalten werden konnten. Die übrigen acht festgenommenen Vergleute mußten wieder in Freiheit gesetzt werden, und auch die Ausschreitungen der drei noch in Untersuchungshaft gehaltenen erwiesen sich als banal, durchweg von Leuten in jugendlichem Alter verübte Streiche. Die lothringischen Bergarbeiter haben sich während des jüngsten Ausstandes durch ihre Mannszucht die Sympathien aller gerecht denkenden Menschen erworben und es wohlweislich vermieden, unferen Schatzmännern Material zur Begründung der Zukunfts-vorlage in die Hände zu liefern. —

Ausland.

Achtung, Tabakarbeiter! In Kopenhagen ist, wie die geschäftsführende Kommission der Tabakarbeiter uns mitteilt, ein Generalstreik der Tabakarbeiter ausgebrochen. Die Kollegen werden dringend ersucht, in Kopenhagen nicht in Arbeit zu treten.

Aus Kopenhagen wird berichtet: Die am 10. d. M. beschlossene Arbeitssperre, welche das gesamte Baugewerbe und die ganze Eisenindustrie Dänemarks betrifft, ist heute überall in Kraft getreten.

Der Ausstand der Brüner Textilarbeiter. Die Situation ist unüberändert ausgezeichnet für die Streikenden. Die Fabrikanten, die gehofft hatten, daß wenigstens nach den Feiertagen ein Teil der Ausständigen die Arbeit aufnehmen werde, haben sich gründlich getäuscht. Es erschien nicht ein Arbeiter oder eine Arbeiterin in der Fabrik. Die Thore der Fabriken waren weit geöffnet und die Beamten standen bereit, etwaige Streikbrecher mit offenen Armen aufzunehmen. Vergeblich! Die Streikorganisation funktionierte ausglänzend. Jede einzelne Fabrik kann genau kontrolliert werden. Am Montag fand eine Verteilung von Hülsenfrüchten statt. Jeder Streikende erhielt je ein Kilogramm Hirse und ein Kilogramm Erbsen. Es gelangten von jeder Gattung 11 500 Kilogramm zur Verteilung. Am Mittwoch fand im großen Garten des „Arbeiterheim“ eine öffentliche Vereinsversammlung statt. Die Versammlung war großartig besucht, das letzte Plätzchen im Garten war besetzt. Als ein Redner das Gerücht erwähnte, daß Handelsminister Dipault die Fabrikanten aufgefordert habe, auszuharren, erschall einstimmig der Ruf: „Nützt nichts, wir harren auch aus!“

In der Umgebung von Brünn wurden sieben Versammlungen abgehalten, die alle von den Streikenden und von der Bevölkerung glänzend besucht waren. Ueberall erklärten die Arbeiter, auszuharren zu wollen, was auch komme, und wurden in diesem Entschluß von der Bevölkerung lebhaft unterstützt. In einem dieser Orte, in Porfuh, war auch die Gemeindevertretung in der Versammlung erschienen und erklärte, außer den bereits bewilligten 50 fl. noch weitere 50 fl. für die Streikenden zu widmen und außerdem die Streikenden, die in diesem Orte wohnen, ausreichend zu unterstützen.

Zum Briefträgerstreik in Paris ist noch zu melden, daß die Regierung die Dienstentlassungen auf 15 bis 20 reduziert hat. Dabei sollen die Entlassenen, wie offiziös versichert wird, die Aussicht haben, später wieder angestellt zu werden. Die fürchterlichen Drohungen der Regierung im Parlament sind also, zum Leidwesen einiger kapitalistischer Seelen, nicht verwirklicht worden. Das ist ein Eingeständnis der Regierung, daß der Protest der Briefträger berechtigt war und auch gewirkt hat. —

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Osaka, 24. Mai. (B. S.) Die Mitglieder der Friedenskonferenz haben beschloffen, mit den Abgeordneten des armenischen Komitees in keinerlei Verbindung zu treten.

Paris, 24. Mai. (B. S.) Die „Times“ meldet aus Peking vom 24.: Als interessantestem Kommentar zu den gestrigen Versicherungen des Grafen Kurajew kann man die Nachricht auffassen, daß der russische Gesandte in Peking, von Giers, das Tsing-tsi-Hamen beauftragt, Rußland sei außer Stande, die chinesischen Wünsche, betreffend die Fortsetzung der Mandchurienbahn zu berücksichtigen, und werde sofort Jugentener ausenden, um die Vermessungen für eine Verbindung der russischen Mandchurienbahn mit Peking zu begimmen.

Paris, 24. Mai. (B. S.) Vallot-Beaupré hat heute morgen dem Präsidenten des Kassationshofes Mazeau seinen Bericht bezüglich der Revision des Dreifuß-Prozesses übergeben.

Paris, 24. Mai. (B. S.) Der Minister der Kolonien erhielt eine Depesche, in welcher mitgeteilt wird, daß Croff-Bassa infolge der Zunahme des gelben Fiebers von den Einwohnern geräumt wird. Bis jetzt sind 18 Personen am gelben Fieber gestorben. Die Epidemie, die unter den Eingeborenen herrscht und angeblich die Bevölkerung wegnimmt, gilt als vollständig erloschen.

Rom, 24. Mai. (B. S.) Es verlautet, der Präsident der Deputiertenkammer Sanarulli habe an den Vizepräsidenten Valberti ein Schreiben gerichtet mit der Erklärung, er halte es unter den gegenwärtigen Umständen für seine Pflicht, das Präsidium niederzulegen.

Saragossa, 24. Mai. (B. S.) Die Vereinigung der Handelstreibenden hat an den Finanzminister Villaverde eine Eingabe gerichtet, in welcher sie gegen jede Verneuerung der Steuern Einspruch erhebt und eine Verrückung der öffentlichen Schuld verlangt.

Kongress zur Bekämpfung der Tuberkulose.

Berlin, den 24. Mai. Die Eröffnungssitzung.

Am 24. Mai entfaltete sich heute in der zehnten Morgenstunde vor dem Reichstagsgebäude. Equipage auf Equipage, Droschke auf Droschke kamen herangerollt und brachten die Delegierten und Mitglieder des Tuberkulose-Kongresses. Eine sehr illustre Gesellschaft: die Herren in Frack oder Uniform, die Damen in glänzenden Toiletten. Die Arbeiter-Delegierten der Arbeiterklassen nahmen an der Eröffnungssitzung nicht teil, die in ihrem höchsten Prunk ein wenig an ein Wohlhabendensfest erinnerte. Doch wird der Kongress diesen Charakter sicherlich verlieren, sobald es an ernstes Arbeiten geht. Dann werden auch die Arbeiterdelegierten zur Stelle sein, um mitzuwirken, und soweit es an ihnen ist, mitzuhelfen.

Die Kongressleitung war in schwerer Sorge gewesen, wie sie die amtierende zweitaktige Teilnehmer des Kongresses im Sitzungssaal unterbringen sollte. Es wäre unmöglich gewesen, wenn alle gekommen wären, obwohl man auf der Bundesratsempore dreifache Stuhlreihen aufgestellt und alle Logen, auch die Journalistentribüne, für die Delegierten geöffnet hatte. Aber nur etwa tausend bis zweihundert Teilnehmer waren erschienen; ein Teil von ihnen mußte sich mit Stehplätzen begnügen.

Ein ungewohntes Bild bot der überfüllte Reichstagsaal. An die Aufgabe, in deren Dienst er für die nächsten Tage gestellt ist, erinnerte eine mächtige Wandkarte, die links hinter dem Ministerstuhl aufgehängt ist und die Ausbreitung der Tuberkulose in Preußen zur Anschauung bringt. Rechts hinter dem Bundesratsbänken hängen kleinere Karten und großformatige Skizzen. Unten wimmelte es von Menschen. Aus dem Gemisch der schwarzen Fräcke leuchteten bunte Damenkleider und die noch bunteren Uniformen einiger Generale hervor, während die zahlreich erschienenen Sanitätsbeamten in ihrem dunklen Waffenrock weniger auffielen. Auf den weißen Hemdbüsten glänzten breite Ordensbänder in allen Farben des Regenbogens; auf den Fräcken strahlten die Orden: die Herren waren zu zählen, die nicht wenigstens eine kleine Medaille trugen. Und auf den Bänken aller Parteien sah dieser Ordensbesatz gleichmäßig verteilt; auch die Plätze, wo sonst die socialdemokratische Fraktion sitzt, waren nicht davon verkehrt.

Es wäre ein müßiges Bemühen, alle ärztlichen Korpsnamen und alle bekannten Männer zu nennen, die zu dem Kongress erschienen sind. Der Ehrenpräsident, Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe, war nicht gekommen; er hatte mit seiner Vertretung den Staatssekretär Grafen P o s a d o w s k y betraut. Von den Herrschaften, die sich in das Ehrenkomitee haben wählen lassen, waren sehr viele nicht anwesend. So fehlten der Reichstagspräsident Graf v. B a l l e s t r e m und der ehemalige Minister v. B o t t i c h e r. Dagegen war Virchow zur Stelle, auch Herr v. Lebedew und der Unterstaatssekretär v. Parisch nahmen ihre auf der Bundesratsempore reservierten Plätze ein. Der Mann, dessen Name jetzt anlässlich des Kongresses in aller Munde ist, Robert Koch, weil auf einer Forschungsreise im Malariagebiet Spaniens.

Auf den sonst für die Vertreter der Kleinstaaten reservierten Bundesratsbänken sind die ausländischen Delegierten placiert. Vertreter aus allen civilisierten Ländern sind hier anwesend. Vier oder fünf Mann stark ist die spanische Abordnung, noch stärker ist die Delegation Frankreichs, an deren Spitze Professor Bracardel, der Vertreter der Pariser Universität, steht. Die Eröffnungssitzung verlief in den Formen, die mit der Entfaltung höflichen Prunks üblicherweise verbunden sind und die hier wegen der Anwesenheit der Kaiserin innegehalten wurden.

Staatssekretär Graf Posadowsky eröffnete den Kongress in einer Rede, die ganz von dem ihm eigenen trockenen Tone erfüllt war. Er wies nach einigen nichtssagenden Phrasen darauf hin, daß das durch die heutige Produktionsweise bedingte enge Zusammenwohnen der Menschen die sogenannten Berufskrankheiten heraufbeschworen habe und rechnete zu diesen Berufskrankheiten auch die Tuberkulose in ihrer gegenwärtigen Ausbreitung. Regierungen, Aerzte, Socialpolitiker hätten sich seit langem mit der Frage beschäftigt, wie dem Uebel der Lungenschwindsucht systematisch zu Leibe gegangen werden könnte und der Kongress werde hoffentlich dazu beitragen, daß sich die Gesamtheit des Volkes in den Dienst der Abwehr dieser Volkskrankheit stelle. Je höher der Wohlstand der Völker sich hebe, um so höher steige auch in den Besitzenden das Bewußtsein der Menschlichkeit, den Armen und Schwachen helfend zur Seite zu stehen. Der Redner begrüßte dann die ausländischen Delegierten, deren Kommen ein Zeichen dafür sei, daß sich alle gestreuten Kulturvölker solidarisch darin fühlten, wenn es gelte, das Los der Armen, Kranken und Elenden zu lindern, und wies dann vergleichend auf den Friedenskongress im Haag hin. Das war nicht sehr glücklich, denn der Vergleich mit dem Haager Kongress giebt wirklich kein günstiges Prognostikon für den Tuberkulose-Kongress.

Der Herzog von Ratibor übernahm nun den Vorsitz. Nachdem er sein Sprüchlein mehr gestammelt als aufgesagt hatte, gab er das Wort Herrn Kirchner, dem Unbefähigten.

Der Vizepräsident Berlin entschleifte mit seiner Ansprache den ersten kräftigen Beifall der Kongressmitglieder. Seine Rede war einfach, klar und der Bedeutung des Tages entsprechend gehalten. Er sagte etwa: Unsere Stadt kennt schon seit langen Jahren der Bekämpfung der Tuberkulose als Volkskrankheit ihre Aufmerksamkeit und weiß die Verdienste derer, welche sich um die Erforschung und Erkenntnis der Volksseuche verdient gemacht haben, wohl zu würdigen. Zwei Thatsachen mögen dafür zum Beweise dienen. Schon im Jahre 1892 wurde hier die erste öffentliche Heilanstalt für Lungentranke errichtet und unter den drei Ehrenbürgern der Stadt Berlin prangen an erster und zweiter Stelle die Namen Robert Koch und Rudolf Virchow. Auch unser Gemeinwesen, besonders die Arbeiter, werden von dem tüchtigen Freunde, der Tuberkulose, heimgesucht. Von den 27000 in den 10 großen städtischen Krankenhäusern während des letzten Jahres behandelten Personen waren 2700 also 10 Prozent an Tuberkulose erkrankt. Also auch Berlin erwartet von dem Kongress Rat und Hilfe. Die Stadt weiß aber auch die hohe Ehre wohl zu schätzen, daß der Kongress gerade in ihren Mauern zu tagen beschloßen hat. Die sachkundigen Menschenfreunde, die hier zusammengekommen sind, haben sich in den Dienst des Wohls der gesamten Menschheit gestellt. Die Stadt Berlin dankt Ihnen für Ihr Erscheinen und wünscht den Arbeiten des Kongresses bestes Gelingen.

Namens der Berliner Universität begrüßte den Kongress der rector magnificus Geh. Rat Professor Waldeyer. Er hob hervor, daß, wenn auch der Kongress sich vorwiegend praktische Ziele gesetzt habe, die ärztliche Kunst und Wissenschaft doch erst die Grundlage für den Weiterbau in der praktischen Bekämpfung der Tuberkulose geliefert habe und feierte die medizinischen Großen, den Franzosen Louis Pasteur und den Deutschen Robert Koch. Auch diese Rede wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Nach Herrn Waldeyer kamen die ausländischen Vertreter zu Wort. Den Anfang machte ein Nordamerikaner V o h, ihm folgten Professor Bracardel aus Paris und der Edinburgher Professor Stewart. Während diese beiden Herren in ihrer Muttersprache geredet, hielt der italienische Professor Maragliano aus Genua eine Ansprache in deutscher Sprache, eine Höflichkeit, die auch der russische Delegierte Vertenjon dem Kongress erwies. Der Oesterreicher Ritter von Kusch und der Ungar Professor Kovanyi machten den Schluß in der Riste der fremdsprachlichen Redner. Das Schlusswort selbst hielt Geheimrat Professor v. Lebedew; er rief den Staat und die Privatmehrwirtschaft zu Hilfe im Kampfe gegen den tödtlichen Volksfeind, die Lungenschwindsucht, hob hervor, daß endlich einmal mit dem

Aberglauben gebrochen werden müsse, daß die Lungenschwindsucht nicht heilbar sei, und wies nach dieser Richtung die Verdienste des bekannten Dr. Bremer, des Gründers der Heilanstalt in Görbersdorf in Schlesien.

Der Generalsekretär des Kongresses, Stabsarzt Dr. L a n n o w i t z machte noch einige geschäftliche Mitteilungen. Zu erwähnen ist, daß Herr Ferdinand Mannheimer einen Preis von 3000 M. für die beste populäre Schrift über das Thema „Bekämpfung der Tuberkulose“ ausgesetzt hat. Der preisgekrönten Schrift ist eine weite und billige Verbreitung gesichert.

Hierauf leitete eine kurze Pause zur ersten wissenschaftlichen Sitzung des Kongresses über.

Unter der Leitung des Direktors des Kaiserl. Gesundheitsamtes, Dr. Köhler, behandelte die Abteilung I des Kongresses

die Ausbreitung der Tuberkulose.

Den ersten Vortrag hielt der Vorsitzende selber. Sein Thema lautete: Allgemeines über die Ausbreitung und Bedeutung der Tuberkulose als Volkskrankheit.

Herr Dr. Köhler wies darauf hin, wie weitgehende Wurzeln gerade dies Uebel im Volkstörper geschlagen habe. Das statistische Material über die Ausbreitung der Tuberkulose lasse leider viel zu wünschen übrig. Die Eigenart des Krankheitsträgers, als welcher nach der Entdeckung Robert Kochs allgemein der Tuberkelbacillus angesehen werde, bedinge es, daß der Anfang der Krankheit sich der Beobachtung fast immer entziehe. Etwas besser sei es um die Statistik der Todesfälle an Tuberkulose bestellt, wenn auch hier vielfach der unmittelbare Anlaß des tödtlichen Ausgangs eingesetzt wird, selbst für den Fall, daß er nur als eine Begleit- oder Folgekrankheit im Verlaufe der Tuberkulose anzusehen sei. So mangelhaft die Statistik aber auch sei und so gewiß es wäre, daß die Wirklichkeit alle amtlichen Zahlen über die Todesfälle infolge von Tuberkulose durchweg übertreffe, so lasse sich doch mit Sicherheit sagen, daß die Tuberkulose zur Zeit diejenige ansteckende Krankheit ist, die Jahr für Jahr die größten Verluste an Menschenleben und Gesundheit fordert. Die Tuberkulose ist eine Krankheit der ganzen Welt, sie tritt in allen Klimaten auf und verschont keine Klasse. Von allen Städten hat Buenos Aires die niedrigste Sterblichkeitsziffer der ganzen Kulturwelt an Tuberkulose; Rio de Janeiro aber die höchste. In Kairo ist die Sterblichkeit an Tuberkulose hoch. In Europa scheinen die Verhältnisse hinsichtlich der Verbreitung der Lungentuberkulose in Großbritannien, in Belgien und Italien am günstigsten, in Ungarn, Oesterreich und Rußland am ungünstigsten zu stehen. Rechnet man dagegen alle Todesfälle an entzündlichen Erkrankungen der Athmungsorgane hinzu, so beginnt die Reihe der Staaten mit Norwegen, der Schweiz und Dänemark und schließt mit Belgien, Italien und Rußland. Deutschland hat eine mittlere Sterblichkeit an Lungentuberkulose von jährlich 2,25, mit den entzündlichen Krankheiten der Athmungsorgane zusammen von 4,9 auf 1000 Einwohner, bei einer Gesamtsterblichkeit von 21,8 (Durchschnitt aus den Jahren 1894-1897). Die Sterblichkeit an Tuberkulose ist im allgemeinen unter dem männlichen Geschlecht größer als unter dem weiblichen. Die größte Zahl der Todesfälle im Alter von 20-30 Jahren wird verhältnismäßig durch die Lungenschwindsucht verursacht. Nach dem Durchschnitt der vier Jahre 1894 bis 1897 starben in Deutschland jährlich 87 000 Menschen im Alter von 15-60 Jahren an Lungentuberkulose, ein gewaltiger Verlust an werbendem Volkscapital. Gelänge es, das Lebensalter der Tuberkulösen um drei Jahre zu verlängern, so gäbe das einen jährlichen Gewinn von rund 21 Millionen Mark, wenn man 500 Mark als Minimumsatz der Kapitalanschlagung des menschlichen Individuums ansieht.

Die Tuberkulose tritt in den Industriebezirken weit häufiger auf, als auf dem Lande. Von 10 000 Lebenden starben in ländlichen Ostpreußen 15 an der Tuberkulose, in der industriellen Rheinprovinz 29, in der hauptsächlich Ackerbau treibenden Provinz Sachsen 19, im industriellen Westfalen 31. Dasselbe ergibt ein Blick auf die Zahlungen von Invalidenrente an Tuberkulose. Im Königreich Sachsen erhalten von 1000 Versicherten der Landwirtschaft 77, von 1000 Versicherten der Industrie 245 Personen Invalidenrente wegen Lungenschwindsucht. Immerhin lassen die Zahlen eine langsame aber stetige Abnahme der Erkrankungen an Tuberkulose seit 1892 nicht verkennen. Heilanstalten und Heimstätten sehen ihr Schicksal entgegen; die Desinfektion, die Reinhaltung der Straßen, die öffentliche Gesundheitspflege wirken in gleicher Richtung. Andererseits muß der menschliche Organismus zu besserem Widerstande gestärkt werden. Das ist mit einer Aufgabe der socialen Gesetzgebung. Aber auch die Selbstthätigkeit des einzelnen muß in Anspruch genommen und vor allem dem Alkoholschibranche entgegengetreten werden. Noch bleibt viel zu thun. Das schwebende Jahrhundert übermitteln dem kommenden die Tuberkulose als ein Vermächtnis, das viel Arbeit und Anstrengung noch erfordert. Aber diese Arbeit trägt den Lohn in sich. (Lebhafter Beifall.)

Es folgte ein Vortrag des Referenten für Erziehung, Geheimen Medizinalrathes Dr. K r i e g e r in Stralsburg i. E. über: Die Beziehungen zwischen den äußeren Lebensverhältnissen und der Ausbreitung der Tuberkulose. Der breit angelegte Vortrag hielt nicht ganz, was der Titel versprach. Der Referent gab zu, daß die Tuberkulose im allgemeinen bei den wohlhabenden Klassen weniger häufig auftritt, als bei der ärmeren Bevölkerung; doch lämen auch Ausnahmen vor. Er könne jedenfalls die Ansicht nicht teilen, daß bessere Ernährung von wesentlichem Einfluß für das Fernhalten der Tuberkulose sei. Tuberkulose stelle sich recht häufig auch bei ganz tadelloser Ernährung ein. Natürlich sei damit nicht bestritten, daß bei der Behandlung der Krankheit gute Ernährung von Einfluß sei. Anders liege es mit den Wohnungsverhältnissen. Die Wohlhabenden wohnen in mehr und größeren Räumen als die Armen und es ständen ihnen mehr Hilfsmittel für die Pflege der Erkrankten zu Gebote. In wohlhabenden Familien sei es von jeher Sitte, den Kranken von den Gesunden abzusondern. Den Armen sei das unmöglich, der ganze Haushalt g e t e in Unordnung bei einem Krankheitsfälle; kurz, in einer armen Familie gebe es bei der Tuberkulose unweigerlich zu, als in einer wohlhabenden Familie. Damit erhöhe sich die Gefahr der Ansteckung. Der Verkehr mit Tuberkulösen, die Vaccinen im Auswurf haben, sei in geschlossenen Räumen von hervorragender Bedeutung für die Ausbreitung der Tuberkulose. Was die Ventilation anlangt, so seien die Tuberkulosebacillen nicht so gefällig, um offenen Fenster hinaus zu spazieren. Starker Luftzug würde sie herum und hindere sie am Niederfallen. In Sonne und Licht gingen die Vaccinen bald zu Grunde. Jedenfalls seien die Wohnungsverhältnisse unter allen äußeren Lebensbedingungen die wichtigsten für die Ausbreitung der Tuberkulose. Das Klima scheine gar keinen Einfluß auszuüben, in richtiger Erkenntnis dieser Thatsache bauten wir unsere Lungenheilstätten im eigenen Lande. Dagegen übe die Berufstätigkeit einen großen Einfluß auf die Ausbreitung der Tuberkulose aus, in erster Linie die Berufstätigkeiten, die eine erhöhte Wahrscheinlichkeit der Infektion bedingen, so der Beruf der Kranenpflegerin, einer Diakonistin. Zweitens die Berufstätigkeiten, die Katarth oder Verletzungen der Lunge mit scharfem oder ägendem Staube und hierdurch eine örtliche Empfänglichkeit für den Krankheitserreger hervorgerufen; der Staub der Arbeiter gegen Staub bewirke eine Abnahme der Sterblichkeit. Drittens die Berufstätigkeiten, die während der Arbeit eine derartige Haltung des Körpers bedingen (Schuhmacher und Tischler), daß die Atmung fast nur durch die unteren Partien der Lunge erfolgt, so daß durch die geminderte Luft- und Blutcirculation in den oberen Partien ebenfalls eine örtliche Empfänglichkeit hervorgerufen wird. Und viertens die Berufstätigkeiten, bei welchen wie bei der sitzenden Lebensweise, infolge zu geringer Muskelthätigkeit und Bewegung eine Schwächung des Gesamtorganismus, insbesondere des Herzens und damit ein

allgemeiner Nachlaß der Widerstandsfähigkeit des Körpers eintritt. (Schneider und Näherinnen.)

Bedenklich war der dritte Vortrag, den der Direktor der Sanitätlichen Versicherungsanstalt für Invaliditäts- und Altersversicherung, Geh. Rath v. Lübeck, über die „Ausbreitung der Tuberkulose unter der versicherungspflichtigen Bevölkerung“ hielt.

Der Vortragende sagte etwa: Die Verbreitung der Lungenschwindsucht in den der Versicherungspflicht unterworfenen Bevölkerungskreisen überschreitet weit die durchschnittliche Verbreitung der Krankheit in der Gesamtbevölkerung. 1895 waren 12 150 000 Versicherte vorhanden, heute sind es etwa 12 850 000. Von Anfang 1892 bis Ende 1895 wurden von 151 000 Invalidenrenten bei Männern 16 800 durch Tuberkulose und 28 000 wegen sonstiger Erkrankungen der Lunge bedingt. Die Tuberkulose steht, von den landwirtschaftlichen Arbeitern abgesehen, allen anderen Invaliditätsursachen voran. Von allen männlichen Arbeitern, die bis zum 30. Lebensjahre invalid werden, leidet mehr als die Hälfte, in manchen Bezirken 60-70 Proz, an der Tuberkulose. In den Jahren 1896, 1897 und 1898 ist für eine ganze Reihe von Bezirken der Anteil der Tuberkulose an den Invaliditätsursachen noch viel stärker hervorgetreten. Die Gesamtzahl der Fälle, in denen wegen Tuberkulose Invalidenrente bewilligt werden mußte, ist von Jahr zu Jahr gestiegen. Das Bild der Verbreitung der Tuberkulose im Volke, das diese Ziffern geben, ist nicht einmal vollständig. Scheiden doch sehr viele Personen aus der Versicherung aus, ehe sie in den Genuß einer Rente gelangen. In den Versicherten treten ihre Angehörigen, 1895 11 450 000 Menschen, jetzt 12 100 000. Die Gesamtzahl der Versicherten und ihrer Angehörigen beläuft sich demnach auf 25 Millionen. Räumliche statistische Untersuchungen bestätigen, daß, je niedriger das durchschnittliche Einkommen, desto höher die Sterblichkeit an Tuberkulose ist. Redner weist zwei Pläne von Hamburg vor, in denen das größere oder geringere Einkommen der einzelnen Stadtteile und die größere oder geringere Sterblichkeit an Tuberkulose durch schwächere oder stärkere Schraffierung deutlich gemacht ist. Die Stellen, die auf dem einen Pläne hell sind, sind auf dem andern dunkel und umgekehrt. Noch viel schärfer wird der Unterschied der Tuberkulosegefahr für die verschiedenen socialen Schichten beleuchtet durch eine statistische Arbeit der Hamburger Medizinalbehörde, die die Ergebnisse der Einkommenserhebung und die Todesfälle an Tuberkulose im Durchschnitt der beiden Jahre 1896 und 1897 in Beziehung bringt. Danach kam

Tuberkulose-Fall auf 1000 Steuerzahler mit einem Einkommen über 8500 M. 1, von 2000-3500 2, 1200-2000 2 1/2, 900-1200 4

Bei Einkommen unter 900 M. wird keine Steuer erhoben; bei dieser Stufe sind mindestens fünf Todesfälle an Tuberkulose anzunehmen. Auf 10 000 Steuerzahler mit einem Einkommen über 2000 M. kommen 15, auf dieselbe Zahl mit einem Einkommen unter 2000 M. 40 Todesfälle an Tuberkulose.

Auf die Gesamtzahl der Versicherten und ihrer Angehörigen sind jährlich 80 000 Sterbefälle an Tuberkulose zu rechnen. Die Lungenschwindsucht scheint zwar auch vor dem Hause des Reichen nicht zurück, aber dies Haus gleicht einer Burg, die mit allen Mitteln verteidigt wird. Die minder bemittelten Volksschichten sind am ungünstigsten daran. Jede Verbesserung der Lebenslage des arbeitenden Volkes bedeutet eine Einschränkung der Lungentuberkulose! Da die Tuberkulose in so weitem Umfang die Ursache der Invalidität bildet, erwächst den Versicherungsanstalten die Aufgabe, in der Bekämpfung dieser schweren aller Volksebenen voranzugehen. (Lebhafter Beifall.)

Generaloberarzt Dr. S ä j e r n i n g - Berlin sprach hierauf über die Tuberkulose in der Armee. Er führte den statistischen Nachweis, daß es immer mehr gelingt, die Tuberkulose frühzeitig zu erkennen und die Erkrankten rechtzeitig als vorher aus dem Heere zu entfernen. Die Sterblichkeit an Tuberkulose ist im deutschen Heere in den letzten Jahren gesunken.

Das letzte der für den ersten Tag angemeldeten Referate hielt der Ober-Medizinalrat Professor Dr. P o l l i n g e r - München über die Tuberkulose unter den Haustieren und ihr Verhältnis zur Ausbreitung der Krankheit unter den Menschen. Der Referent ist allererste Autorität auf dem Gebiete der Tier-Tuberkulose und hat langjährige Erfahrungen gesammelt. Die Tuberkulose der Rinder und Schweine ist nach ihm ihrer Ursache nach identisch mit der Tuberkulose des Menschen, nur ist sie bei den Haustieren noch viel verbreiteter als glücklicherweise bei den Menschen. Die Hauptverbreitung findet die Tuberkulose durch die Milch, die Tuberkulose der Schweine ist direkt eine Pflanzertuberkulose, hervorgerufen durch die Fütterung der jungen Schweine mit ungelagerter Milch. Wie stark die Tuberkulose unter dem Rindvieh grassirt, erhellt aus der Thatsache, daß 75 Proz. aller alten abgemolkten Kühe tuberkulös erkrankt sind. Als Mittel zur Bekämpfung der Tuberkulose forderte der Referent eine vermehrte und verbesserte Fleischschau. Die heute bestehende Fleischschau nannte er direkt ungenügend. Es ist das um so interessanter, als ja gerade jetzt den Reichthum ein Reichthum-Fleischschau angelegt ist. Aus den Debatten hierüber wird es innerlich sein, wie sehr sich gerade unsere Junger und Agrarier gegen die im Gesetz geforderte Fleischschau des in der Haushaltung geschlachteten Fleisches wehren.

Herr P o l l i n g e r wandte sich auch noch nach anderer Richtung gegen den heutigen Stand der Gesetzgebung, indem er auf den Widerspruch hinwies, daß giftige, durch Tuberkelbacillen infizierte Milch straflos verkauft werden darf, während derjenige bestraft wird, der gute Milch mit Wasser verfälscht. Durch giftige Milch entsteht zweifellos auch eine Uebertragung der Krankheit auf den Menschen. Man weiß, daß sich die gut situierten Bevölkerungsklassen durch die Ernährung ihrer Kinder mit sterilisierter Milch gegen diese Uebertragungsgefahr zu schützen in der Lage sind. Wer aber hilft den Proletariatskindern, deren Eltern die Milch aus billigen unkontrollierten Quellen beziehen müssen. Nachdem Herr Pollinger auch die Finnen- und Trichinengefahr beim Genuß von rohem und halbrohem Fleische gestreift hatte, schloß er: Es ist ein recht deprimierender Gedanke, daß die unentbehrlichsten Nahrungsmittel des Menschen, Fleisch und Milch, meist giftig sind und eigentlich nur mit größter Vorsicht genossen werden dürfen. Der Kampf gegen die Haustier- und Menschentuberkulose muß das ceterum censeo aller ärztlichen und staatlichen Fürsorge sein. (Lebhafter Zustimmung.)

Den Referaten folgten nur kürzere Vorträge. Der erste angemeldete über die Statistik der Tuberkulose-Erkrankungen und Sterbefälle fiel aus, weil der Vortragende, Dr. Andreas Voigt-Frankfurt a. M., nicht zur Stelle war.

Nachdem Privatdocent Dr. K u t t z - Budapest über die Ausbreitung der Tuberkulose in Ungarn kurz berichtet hatte (jährlich 60 000 Todesfälle und circa 400 000 Kranke im Lande) berichtete der Direktor des Schweizerischen Gesundheitsamtes Dr. S c h m i d - Bern über die Verbreitung der Tuberkulose in der Schweiz. Als Ergebnis seiner Untersuchungen stellte er die Behauptung auf, daß die Schwindsucht-Sterblichkeit unter analogen socialen Verhältnissen mit zunehmender Höhenlage abnimmt. Diese Behauptung wurde, wie wir gleich vorweg nehmen wollen, später von dem Berliner Professor Herrn V. F r a n k e l angefochten. Dieser vermehrte in den Zahlen des Herrn Schmid Angaben über die Bevölkerungsdichtigkeit, die das Hauptmoment für den Grad der Tuberkuloseverbreitung abgibt und meinte, so lange dieser Faktor nicht mit in Rechnung gezogen sei, könne er die Behauptung Schmid vom Abnehmen der Tuberkulose bei zunehmender Höhenlage nicht für unbedingt richtig halten.

Privatdocent Dr. L. B r a u e r - Heidelberg sprach über die Verbreitung der Tuberkulose unter den Arbeitern in Tabakfabriken auf Grund von Beobachtungen, die er im nordbadischen Tabak-

Industriebezug angestellt habe. Der Vortragende beklagte die Unzulänglichkeit der Krankenkassen-Statistiken, die Krankenscheine enthielten viele Fehler und gerade die Tuberkulose werde in ihnen als Krankheit oft verheimlicht. Trotz der Mangelhaftigkeit der Statistik weise die Zahl der Tuberkulose-Erkrankungen aber gerade in der Tabakindustrie eine deutlich erkennbare Steigerung auf. Die Hauptgefahr für den Tabakarbeiter liegt in dem Staube und besonders in dem infizierten Staube. Die Infektion aber geschieht durch den auf dem Erdboden gesuckten Auswurf. Das nahe Beieinanderliegen der Tabakarbeiter fördert selbstverständlich die Ausbreitung und die schlechten Wohnungen tragen nicht zur Milderung des Uebels bei. Nebenher fordert hier staatliche Hilfe im Hinblick auf die schlechten Wohnungsverhältnisse selbst in weit gebauten Landorten.

Sehr interessantes Material brachte Herr Dr. George Meyer von Berlin über die Verbreitung der Tuberkulose bei den Berliner Buchdruckern und Schriftsetzern. Herr Dr. Meyer, der sich auf dem Gebiete der Krankenpflege Verdienste erworben hat, ist seit langen Jahren Vertrauensarzt der Ortskrankenkasse der Buchdrucker und hat als solcher viel Erfahrungen gesammelt, sich auch der Mäße statistischer Aufnahmen unterzogen. Diese statistischen Aufnahmen legt er auch seinen Ausführungen zu Grunde. In den Jahren 1893 bis 1898 hat er bei männlichen und weiblichen Mitgliedern der Kasse im ganzen 790 552 Krankentage herausgezählt. Von hundert Verstorbenden gingen im Jahre 1898 44,64 männliche und 64,61 weibliche Mitglieder an Erkrankungen der Atmungswege zu Grunde. Die Sterblichkeit an Erkrankungen der Atmungswege und an Schwindsucht ist in den Jahren 1893 bis 1898 nicht abgenommen, bei den Männern ist sie sich gleich geblieben, bei den weiblichen Personen hat sie recht stark zugenommen. Die gleiche Erscheinung läßt die Statistik über die Krankentage erkennen, welche die Behandlung der einzelnen Fälle erforderten. Der Vortragende hat in seiner Praxis einen Fall gehabt, wo der Patient während dreier Jahre 650 Tage arbeitsunfähig war, in einem zweiten Falle fielen 290 Krankentage in zwei Jahre, in einem dritten Fall 679 Krankentage in drei Jahre. Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache über die Summe von Elend, Kummer und Jammer, welche die Seuche der Schwindsucht nicht nur über die eine Person, sondern über ganze Familien bringt.

Dr. Straßmann von Solingen sprach über die Verbreitung der Tuberkulose unter den Schleifern in Solingen. 8 Prozent aller im städtischen Krankenhause untergebrachten Kranken waren tuberkulös. Von den tuberkulösen Erkrankten waren wieder 12,6 Prozent Schleifer. Die Schleifer bilden aber in der Gesamtbevölkerung Solingens nur 4 Proz. Die Ursachen der zahlreichen Erkrankungen an Tuberkulose liegen in der Einatmung des Schleifstaubes, dem Mangel an ausreichendem Luftwechsel in den Lungen und schlechter Ernährung, starkem Brauntweingeist, unzulänglichen Wohnungen und auch zum Teil in erblicher Veranlagung.

Dr. Lohmann aus Solingen ergänzte diese Mitteilungen noch.

Inzwischen hatte sich die Versammlung sehr gelichtet, schon lange war sozusagen kein beschlußfähiges Haus mehr beisammen. Schließlich mögen kaum mehr wie 50 Personen anwesend gewesen sein. Verschiedene Herren machten noch den vergeblichen Versuch, gegen die Unaufmerksamkeit der müde und hungrig gewordenen Zuhörer anzukämpfen und so versiegte der Redestrom schließlich.

Gegen 5 Uhr schloß Direktor Köhler vom Reichs-Gesundheitsamt, der inzwischen den Vorsitz übernommen hatte, die heutige Sitzung. Morgen, Donnerstag, früh um 9 Uhr werden die Beratungen fortgesetzt.

Kommunales.

Hindernisse in der Schulartzfrage. Aus dem Rathause berichtet man: Die Annahme von Schulärzten für 20 bis 25 Gemeindeschulen wird bekanntlich von dem Magistrat beabsichtigt. Zur Vorbereitung dieser Angelegenheit hatte die Stadtverordneten-Versammlung einen Ausschuss eingesetzt, dessen Beschlüsse dahin gingen, zu empfehlen, sich damit einverstanden zu erklären, daß ein Versuch mit der kontraktlichen Annahme von Schulärzten, welche auf die bestehenden 10 Schulklassen möglichst gleichmäßig zu verteilen seien, gemacht werde und der baldigen Vorlegung einer Dienstinstruktion für die Schulärzte zur Kenntnisnahme entgegen zu stehen. Die Versammlung beschloß indes, sich in der Sache selbst principiell erst dann zu äußern, wenn ihr diese Instruktion vorgelegt sei. Der Magistrat hat der Versammlung erwidert, daß er in diesem Beschlusse einen zweckmäßigen Weg zur Erledigung der Angelegenheit nicht zu erkennen vermöge. Aus den Verhandlungen des Ausschusses habe er nicht entnehmen können, daß und in welchen Punkten wesentliche Änderungen in der Bestimmung der schularztlichen Aufgaben erwünscht wären. In der Plenarversammlung hätte die etwaige Abweichung von der Vorlage ihren Ausdruck finden können. Eine Diskussion habe aber nicht stattgefunden, sie wäre durch den Vertagungsantrag abgebrochen. Er, der Magistrat, sei daher in voller Unsicherheit darüber, ob die Versammlung den von ihm gemachten Vorschlägen zustimme oder widerspreche. Eine Dienstinstruktion zur Bestimmung der den Schulärzten zu stellenden Aufgaben wäre eine unzweckmäßige Einmischung für die etwa wünschenswerte Erläuterung seiner Vorlage; denn eine Dienstinstruktion für ein probeweise einzuführendes Amt müsse sich so sehr an die erst zu erwartenden Erfahrungen anschließen und daher so veränderlich sein, daß sie durch einen Gemeindebeschlusse nicht festgelegt werden dürfe. Indem der Magistrat dann noch die den Schulärzten zu erteilenden Aufgaben näher erklärt, beauftragte er nunmehr, über die Angelegenheit Beschluß zu fassen.

Ueber die Betriebsergebnisse des seit einiger Zeit in der Gitchinerstraße im Betrieb befindlichen Müllschmelzofens äußert sich ein sachmännlicher Bericht im „Centralbl. d. Bau.“ u. a. dahin: Der jetzige Versuchsbetrieb wird sich augenscheinlich noch recht kostspielig gestalten, doch ist schon jetzt der Beweis erbracht, daß die Müllbeseitigung auf diesem Wege in vollkommener Weise und ohne Verletzung der Nachbarschaft erfolgt. Ferner ist bewiesen, daß sich für diesen Zweck die Kohlenstaubfeuerung recht gut eignet und eine völlig rauchlose Verbrennung erzielt wird. Inwiefern die geringen Rückstände an Schlacken zweckmäßige Verwendung finden werden, etwa als Ertrag von Kies zu Wegebefestigungen und zur Betonbereitung oder als Füllstoff bei Zwischenboden müssen Versuche ergeben. Wirtschaftlich dürfte der Betrieb erst werden, wenn eine bessere Ausnutzung der jetzt zum größten Teil verloren gehenden Hitze der Rauchgase etwa dadurch erfolgt, daß mit der überschüssigen Wärme Dampf erzeugt oder Trodenanlagen betrieben werden, die ganze Anlage also durch andere Betriebe ergänzt oder anderen Betrieben angegliedert wird. — Beauftragte der Berliner Straßenreinigung sind gegenwärtig bei dem Dien tätig, um die Mengen des verarbeiteten Mülls, des verbrauchten Kohlenstaubes und der Rückstände festzustellen. Es läßt sich erwarten, daß die schwierige Frage der Müllbeseitigung in großen Städten durch die weitere Ausbildung des Schmelzverfahrens eine dauernd befriedigende Lösung finden wird.

Lokales.

Unser verstorbenen Parteigenosse Samuel Kosofsky wird heute nachmittag 3 Uhr von der Leichenhalle des jüdischen Friedhofes in Weihensee aus zu Grabe getragen. Es wird zu erwarten sein, daß die Berliner Parteigenossen, soweit sie es möglich machen können, unserem braven Vorkämpfer die letzte Ehre erweisen.

Die Fürsorge der Stadt Berlin für die Armen und Kranken ist von Herrn Bürgermeister Fischer bei der Eröffnungsfeier der Ausstellung für Krankenpflege hervorgehoben worden. Nun soll man zwar nicht jedes Wort, das bei solcher Gelegenheit vorgebracht wird, gleich auf die Goldwaage legen; aber der bürger-

meisterliche Hymnus auf die Berliner Gemeindeverwaltung als verständnisvolle, pflichtbewusste Schützerin der Armen und Kranken entspricht denn doch zu wenig den Thatfachen und fordert zu sehr die Kritik heraus, als daß er unbeachtet und unüberwunden bleiben dürfte. Die Worte des Herrn Fischer sind ein Widerspruch dessen, was in der Stadtverordneten-Versammlung von freimüthiger Seite immer und immer wieder behauptet, in freimüthigen Bezirksvereinen nachgesprochen und von der freimüthigen Presse bekräftigt worden ist: Die Berliner Gemeindeverwaltung ist müßtergültig in ihrer Fürsorge für die unheimlichen Schichten der Bevölkerung. Ja, wenns nur wahr wäre! Wenn man freilich den Etat daraufhin ansieht und die Summe der für solche Zwecke gemachten Aufwendungen betrachtet, dann könnte es wirklich beinahe so scheinen, als leiste Berlin großartiges auf diesem Gebiete. Aber man übersieht bei dieser Betrachtung der absoluten Höhe der Aufwendungen nur zu leicht die Größe der Bevölkerung, für die sie gemacht werden. Wer genauer hinsieht, der merkt bald, wie wenig das, was geleistet wird, dem vorhandenen Bedürfnis genügt, wie es überall fehlt und nirgends zureicht — trotz den ansehnlichen und gewagtesten Mitteln, zu denen man greift, um mit den mangelhaften Einrichtungen auszukommen. Die Krankenhäuser sind seit Jahren in jedem Winter so überfüllt, daß Kranke abgewiesen bezw. vorzeitig entlassen werden müssen; bei den Heimstätten für Genußende müssen sich die Aufnahmewilligen zuweilen mehrere Monate gedulden, bis sie herankommen; bei den Altersversorgungsanstalten und Hospitälern warten auf jeden Platz, der frei wird, zehn andere Bewerber. In der offenen Armen-Krankenpflege sind die Armenärzte in vielen Bezirken so überlastet, daß man sich kaum wundern darf, wenn sie den Armen gegenüber manchmal etwas kurz angebunden sind. Die Unzulänglichkeit der Armenunterstützung, die den ständigen Almosenempfängern gegeben wird, ist bekannt. Wir haben oft genug auf diesen Punkt hingewiesen, und die wiederholt vorgekommenen Selbstmorde von Almosenempfängern, die mit der ihnen bewilligten geringen Unterstützung nicht auskommen konnten, haben unsere Anlagen bestätigt. Den Frauen hat man bisher keine Mitarbeit in der Armenpflege gestattet, weil befürchtet wird, daß sie zu weidmüthig sein könnten und inselgedessen die Armenpflege teurer werden würde. In der Waisenspflege werden für die in Familien untergebrachten Kinder so geringe Kostgelder gezahlt, daß die Pfleger in Versuchung kommen müssen, die Kinder mitzubedenken zu lassen. Im Obdach hilft man sich, wenn die Schaar der Obdachlosen zu groß wird, mit einer schärferen Anwendung der Hausordnung, die den Insassen den Aufenthalt verleidet. Mit einem Worte: es ist nicht wahr, daß Berlin den Armen und Kranken gegenüber „seiner Pflicht voll genügt“, vielmehr hapert es in dieser Beziehung an allen Ecken und Enden. Berlin ist auf dem Gebiete der Armen- und Krankenpflege weit hinter mancher anderen Stadt zurückgeblieben. Man begreift hier nicht — oder man thut wenigstens so, als ob man es nicht begriffe — daß Geld, das zum Wohle der unermittelten Bevölkerung angewendet wird, nicht weggeschenkt oder zum Fenster hinausgeworfen, sondern wahrhaft produktiv angelegt ist. Was wir im letzten Jahrzehnt nach dieser Richtung hin an Neuerungen oder Verbesserungen bekommen haben, das ist größtenteils der Anregung der socialdemokratischen Fraktion der Stadtverordneten-Versammlung zu danken und hat meist der bürgerlichen Mehrheit der Versammlung mühsam genug abgerungen werden müssen. Ohne die Arbeitervertreter im „roten Hause“ stände die Berliner Gemeindeverwaltung wahrscheinlich noch heute ungefähr auf demselben socialpolitischen Standpunkte, auf dem sie vor 1 1/2 Jahrzehnten stand, wie es andererseits auch nicht zu bezweifeln ist, daß heute bereits viel mehr, als bisher erreicht worden ist, erreicht sein könnte, wenn die Socialdemokratie in der Stadtverordneten-Versammlung über eine größere Stimmenzahl verfügte und einen stärkeren Druck auf die bürgerliche Mehrheit ausüben in der Lage wäre.

Ueber die Versicherungspflicht der Hausverwalter und Hauswarte hat das Reichs-Versicherungsamt, um die darüber noch immer herrschende Unklarheit endlich zu beseitigen, jetzt ganz bestimmte feste Grundzüge angelegt. Sie betragen in der Hauptsache, daß jeder, der einen Hausverwalter oder Hauswart (Portier, Hausreiner) beschäftigt, verpflichtet ist, für ihn Warten zur Invaliditäts- und Altersversicherung zu verwenden bezw. ihn zu dieser Versicherung anzumelden, wenn er ihm die Stellung durch mündlichen oder schriftlichen Kontrakt ausdrücklich übertragen hat und entweder haren Lohn (Gehalt) oder eine freie Wohnung gewährt, die mindestens aus zwei bewohnbaren Räumen besteht. Die etwaige Aufrechnung des Lohnes mit der vom Verwalter zu zahlenden Miete hebt die Versicherungspflicht nicht auf. Ist die Verwaltung oder Hausreinigung einer Ehefrau kontraktlich übertragen, so ist nur diese zu versichern. Ist sie beiden Eheleuten übertragen, so sind beide versicherungspflichtig, vorausgesetzt, daß nicht der Ehemann bereits von einem anderen Arbeitgeber Warten erhält. Bezieht der Hausverwalter oder Hauswart eine Staatspension oder Unfallrente von mindestens 114,70 M. jährlich, so befreit ihn dieser Umstand nicht ohne weiteres von der Versicherungspflicht, sondern erst von dem Tage ab, an welchem er seine Befreiung bei der zuständigen Behörde ausdrücklich nachsucht. Ohne weiteres befreit von der Versicherungspflicht sind nur diejenigen Verwalter und Hauswarte, a) welche wegen Krankheit dauernd nicht mehr im Stande sind, mindestens ein Drittel des Tagelohns gewöhnlicher Tagelöhner zu verdienen, b) welche die geistliche Invalidenrente beziehen, c) welche aktive Reichs-, Staats- oder mit Pensionsberechtigung angestellte Kommunalbeamte sind. Ist ein Verwalter oder Hauswart im Hauptberuf selbständiger Handwerkermeister, Geschäftsmann oder dergleichen, so ist er trotzdem für seine Rebusfähigkeit zu versichern. Der Unfall- und Krankenversicherung unterliegen Hausverwalter und Hauswarte dagegen nicht. Personen, welche die Stellung als Verwalter oder Hauswart neben ihrem Hauptberuf als gewerbliche oder Lohnarbeiter versehen und bereits versichert werden, brauchen in ihrer Beschäftigung als Verwalter oder Hauswart nicht noch einmal versichert zu werden. Ist ein solcher Hauswart aber einmal in seinem Hauptberuf eine Zeit lang ohne Beschäftigung, so liegt seinem Hauswirth die Erfüllung der Versicherungspflicht ob, falls der Hauswart an sich versicherungspflichtig ist.

Die Ausnutzung der Verkehrsangelegenheiten. Die Angelegenheit der Straßenbahn-Angestellten lenkt die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auch wieder auf die Lage der Omnibusbeamten, die, was Entlohnung und Arbeitszeit betrifft, noch schlechter daran sind als ihre „elektrischen“ Kollegen. So dauert z. B. bei der Neuen Omnibusgesellschaft die tägliche Dienstzeit 18 bis 19 Stunden, nämlich von morgens 5 Uhr bis Mitternacht. Für solche gemeingefährliche Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft giebt es einen Monatslohn von 80 Mark, ein Betrag, von dem noch das Geld für Krankenversicherung zc. abgezogen wird. Wohlverstanden währt die 18 stündige Arbeitszeit ununterbrochen; das Mittagbrot muß so nebenher hundertgeschluckt werden. Eine Unterbrechung der Arbeit tritt nur etwa alle 10 Tage ein; es ist aber vorgekommen, daß Ausländer einen ganzen Monat ohne freien Tag haben in Dienst sein müssen. Wären die herrschenden Kreise sich nur ein wenig ihrer sozialen Pflichten bewußt, so dürften sie schon im Interesse ihrer eigenen Sicherheit derartige Zustände keinen Tag länger dulden.

Die Verlegung des Frauengefängnisses in der Barnimstraße nach einem der öffentlichen Vororte, welche die Anwohner wiederholt ohne Erfolg in Petitionen forderten, scheint nun doch geplant zu sein. Eine Kommission hat, der „Voss. Ztg.“ zufolge, eine Anzahl von Grundstücken jenseits der Weichselgrenze besichtigt, aber noch keine endgültige Wahl getroffen.

Nachdem die sämtlichen Wahlen zum Centralauschuss für das Berliner Rettungswesen vollzogen sind, hat sich der Centralauschuss am Dienstag unter Leitung des Vorsitzenden der

Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalt Berlin, Dr. Freund in dessen Amtszimmer definitiv konstituiert. Der Centralauschuss setzt sich nunmehr wie folgt zusammen: Vorsitzender: Stadtrat Dr. Straßmann, I. Stellvertreter-Vorsitzender: Igl. Regierungsrat Hoffmann, II. Stellvertreter-Vorsitzender und Schriftführer: Stadterordneter Dr. Gerstenberg, Delegierte der Sanitätswachen: Kaufmann Görlig, Stadterordneter Hammerstein und Stadterordneter Louis Sachs; Delegierte der Unfallstationen: Direktor Knoblauch, Direktor Max Schiefinger und Dr. med. Frank; Delegierte der Rettungsgesellschaft: Geheimer Medizinalrat Professor Dr. Bergmann, Dr. med. Alexander, Raffendelegierter Ruhnke.

Verabfolgung von Arbeiterfahrkarten an Handwerkslehrlinge. Mit Bezug auf die Zufahrbestimmung III zu § 11 der Verkehrsordnung im Teil I des deutschen Eisenbahn-, Personen- und Gepäcks-Tarifs wird amtlich bekannt gemacht, daß Handwerks- oder gewerbliche Lehrlinge allgemein den Personen zugerechnet sind, an welche Arbeiterfahrkarten auszugeben werden. Ein Unterschied zwischen den mehr mechanischen und den eine größere Kunstfertigkeit erfordernden Gewerben (Uhrmacher, Feinmechaniker, Lithographen zc.) ist hierbei nicht zu machen. Im wesentlichen sind demnach nur Handlungslehrlinge von der Benutzung der Arbeiterfahrkarten auszuschließen.

Unter den Radfahrern von der schneidigen Sorte ist neuerdings der Unflug aufgekommen, in die Gartenlokalitäten hineinzuwandeln. Man fährt bis zu den Tischen und Stühlen heran, ist aber rücksichtslos genug, durch Glockenzeichen den großen Hausbesitzer, die zu Fuße laufen, zum Ausweichen aufzufordern. Nicht unerwähnt zu lassen dieser Art waren in den letzten Tagen in den Grunewald-Restaurants zu beobachten. Ein Radlerpaar, Herr und Dame auf einem Tandem, welches durch eine Gesellschaft von Fußgängern hindurchgefahren war, konnte sich nur durch schleunige Flucht einer verdienten Züchtigung entziehen. Angesichts solcher Rücksichtslosigkeit ist es sehr begreiflich, wenn die Wirte aufgefordert werden, im Interesse des bei ihnen verkehrenden Publikums sowie im eigenen Interesse gegen die neueste Schneidigkeit energische Maßnahmen zu ergreifen.

Gesundheitspolizeiliche Maßnahmen werden wegen der bevorstehenden warmen Jahreszeit verfügt. Das Polizeipräsidium verordnet hierüber: „Die Saunemannschaft ist wieder angewiesen worden, ihr besonderes Augenmerk darauf zu richten, daß das Aufhängen von Wäsche, sowie das Sonnen, Klopfen und Ausstäuben von Betten, Matratzen, Fußboden und dergl. Gegenständen auf öffentlicher Straße, sowie an Türen, Fenstern und Ballonen, welche straßenwärts belagert sind, nicht vorgenommen werden darf. Als öffentliche Straßen gelten in dieser Beziehung auch die öffentlichen Wasserläufe. Die Hausbesitzer werden ferner gut thun, die Kellerschächte ihrer Grundstücke auf Sauberkeit zu untersuchen und etwa vorhandene Missethäter zu beseitigen, ehe die Polizei dagegen einschreiten gezwungen ist.“

Von der Möderbrücke in den Landwehrkanal gesprungen und ertrunken ist in der Nacht zum Mittwoch der Tapezierer Robert J. Er war ein Trunkenbold und arbeitete wenig. — Noch nicht festgestellt ist die Persönlichkeit eines Mannes, der am zweiten Feiertage nachmittags in der Nähe der Rottbuser Brücke unter dem Julauf einer ungeheuren Menschenmenge aus dem Landwehrkanal gesunken wurde.

Tod eines Berliners in der Ostsee. Von einem traurigen Geschehnis ist eine Berliner Familie Namens Gumpel heimgekehrt worden. Ihr ältester Sohn Walter unternahm seine Pfingsttour nach Sibirien auf Nihilin und wogte am ersten Feiertage, trotz aller Warnungen, in Begleitung zweier Schiffer in einem Segelboote eine Fahrt in die wildere See. Bei dem Sturme kenterte das Boot und die drei Insassen fanden den Tod in den Wellen.

Eine Vergnügung. Vor einiger Zeit berichteten wir über die Verurteilung einer reichen englischen Diebin, Mrs. H., welche einer Pensionsgenossin zwei wertvolle Schmuckstücke entwendet hatte und dafür von der Potsdamer Strafkammer mit drei Monaten Gefängnis belegt wurde, wovon sechs Wochen durch die erlittene Unterbindungshandlung für verbüßt erachtet wurden. Gegen eine Kaution von 20 000 M. wurde die Person auf freien Fuß gesetzt. Ihr Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Werhaner, hat mit Erfolg Vergnügungsverträge angeknüpft. Er wandte sich an den englischen Botschafter und den Minister des Auswärtigen Amtes, auf deren Fürsprache der Kaiser die Verurteilte begnadigt hat. Die Kaution ist ihr bereits wieder ausgezahlt worden.

Karambolage. Als der Kaiser gestern vormittag in Begleitung zweier Offiziere im Tiergarten spazieren ging, bemerkte in der Gegend der Regentenstraße ein des Weges daherfahrender Droschkenkutscher den Monarchen. Die Augen auf die promettierende Majestät geheftet, ward der Kossaken zu seinem Unglück nicht gewahr, daß sein Pferd sich bedenklich einem anderen Gefährt näherte. Ebe der unachtsame Kutscher sich dessen versah, war seine Droschke in heftigen Anprall mit dem Wagen zusammengefahren, und im weiten Wogen schleuderte der bedauernswerte Mann vom Bod auf das Straßenpflaster hinab. Ein Redacteur des „Vorwärts“, der in diesem Augenblick zufällig an der Unglücksstelle vorbeirabete und den Vorgang gesehen hatte, sprang schnell vom Wade, um dem Verunglückten die erste Hilfe zu leisten. Auch der Kaiser trat sofort hinzu und hob gemeinlich mit unsrem (leider schon einmal wegen Majestätsbeleidigung bestraften) Kollegen den Verunglückten auf. Der Monarch fragte unsern Kollegen, wie der Unfall eigentlich entstanden sei, worauf ihm dieser die Ursache mitteilte. Nach einigen bedauernden Bemerkungen ging der Kaiser hierauf grüßend davon. Der Kutscher konnte, wie wir nachträglich erfahren haben, nach seiner Wohnung gebracht werden, da seine Verletzungen anscheinend nicht schwer waren.

Fliegende Schuhmacherrinnen sind seit einiger Zeit in verschiedenen Stadtgegenden Berlins aufgetaucht. Die neueste Erscheinung verbannt ihren Ursprung dem Einfall eines spekulativen Kopfes. Der Inhaber eines Modewaren-Geschäfts im Kordobien, das nicht recht glücken wollte, verhiel auf den Gedanken, seine Verkäuferinnen, Garnierinnen zc., um sie nicht entlassen zu müssen, je mit einem kleinen Vorrat von Blumen, Häubchen, Federn und Spigen auszurüsten und sie von Haus zu Haus zu schicken, um sich zur sofortigen Kenderung und Modifizierung von Hüten usw. anzubieten. Das Unternehmen hat Erfolg gehabt und der Mann macht gute Geschäfte. Freilich hat er mittlerweile schon Wettbewerber gefunden.

Willy Langes Schatz. Der Polizei-Agent, der Willy Lange das Geständnis entlockte, erhält, wie es heißt, die ausgelegte Belohnung von 1200 M. In die Defraudationsaffaire dürfte, zufolge von Aufzeichnungen Langes, auch noch ein Kellner als Mitwisser verwickelt werden. Nach Angabe eines Berichterstatters soll sich die bisher herbeigezogene Summe auf 24 000 M. belaufen.

Unter dem Verdacht der Hehlerei wurde der Partiewarenhändler Raffael aus der alten Schönhauserstraße in Untersuchungshaft genommen. Ein Uhrmacher, welcher das Restaurant „Zum großen Seidel“ in der Neuen Friedrichstraße besuchte, erwarb dort von einem Händler eine goldene Uhrkette zu niedrigem Preise. Er zeigte dieselbe einem hiesigen Goldwarensabrikanten, mit dem er in Geschäftsverbindung steht, und dieser erkannte in der Kette aus seinem Geschäft herabgehende Ware. Die Angelegenheit wurde der Polizei gemeldet und nachdem der Händler als Bezugsquelle der Ketten den Partiewarenhändler R. bezeichnet, zur Verhaftung des letzteren geschritten.

Straßenperung. Die Turnstraße von der Embener bis zur Veitstraße ausschließlich des Arcuzdommes der letzteren wird behufs Köpfallterung vom 29. Mai ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Feuerbericht. Mittwochvormittag wurde die Feuerweh auf Schöneberger Gebiet gerufen. Gleditschstr. 7 war ein Dach-

Bodenbrand entstanden, der einige Verschläge mit Inhalt einäscherte, aber von der Ortfeuerwehr bald gedämpft werden konnte. Vorher waren Chaujeste 81 und Frenzauer Allee 46 unbedeutende Kellerbrände abzulösen. Dienstabend hatten in der Norddeutschen Gummiwaren-Fabrik Tempelhofener Ufer 17 Gummiartikel und Kisten Feuer gefangen, das erst nach längerem Wassergeben beseitigt werden konnte. Zwei weitere Alarmierungen nach Alexanderstr. 64 und Müllerstr. 126c erfolgten aus unbedeutender Veranlassung.

Aus den Nachbarorten.

Ablerhof. Den Mitgliedern des socialdemokratischen Arbeiter-Bildungsvereins zur Nachricht, daß die am Himmelfahrtstage verregnete Partie zur Beschäftigung der Späthhischen Baumschule am Sonntag, den 28. d. M., früh 6 1/2 Uhr, von der Paddenvilla aus stattfindet. Freunde und Gönner ladet dazu ein Der Vorstand.

Verhaftet worden ist der Schlosser Sch., welcher in der Fabrikfabrik von Rothmann in Rixdorf in Arbeit stand, sowie der Schlosser F., welcher früher ebenfalls in der Fabrik beschäftigt war, jetzt aber in Berlin eine Schlosserwerkstatt unterhielt. Sch. hatte längere Zeit hindurch aus der Fabrik Teile von Fahrrädern und Zubehörstücke entwendet und sie dem F. übermitteln, welcher daraus Fahrräder herstellte, dieselben verkaufte und den Erlös mit Sch. teilte.

Dreißig Gemeindeglieder von Lichterode haben bekanntlich am 24. April d. J. wegen Differenzen mit dem Pfarrer des Ortes ihren Austritt aus der Landeskirche bei Gericht schriftlich angezeigt. Um dies unliebsame Vorkommnis zu verhindern, wird von beteiligter Seite das möglichste versucht. In Nr. 118 des „Arbeitsblattes“ wird den Lichteroderern folgende Apuzinerpredigt gehalten: „Unter denen, die ihren Austritt angemeldet haben, befinden sich eine große Zahl solcher, die nur mit unterschrieben, weil andere unterschrieben. Es dürfte daher angezeigt erscheinen, alle diese zu warnen, sich nicht noch einmal verleiten und aufreden zu lassen, also auch nicht nach Berlin zu fahren und nicht vor Gericht dort eine Erklärung abzugeben. Fahren sie dennoch hin, geben sie demnach ihre Erklärung ab, so ist der Austritt fertig. . . . Heraus aus der Kirche kommt man ziemlich leicht, wieder hinein ein sehr schwer! . . . Jeder Lichteroderer, der aus der Landeskirche austritt, legt damit sein Christentum überhaupt ab. . . . Wie nehmen z. B. an, daß er sich verheiraten will, vielleicht auswärts, wo die Braut wohnt. Bei dem dortigen Prediger muß er natürlich seinen Taufschein vorlegen. Er hat aber keinen, bekommt auch keinen ausgestellt, oder nur einen solchen, auf dem der Vermerk gemacht ist, daß er ausgetreten ist. Desgleichen darf keiner als Pathe an einer christlichen Taufe teilnehmen. . . . Wenn er stirbt, werden nirgends die Seelen geläutet, kein Geistlicher, kein Mensch überhaupt darf an seiner Leiche predigen. Die Schulkinder dürfen nicht singen. Auf einen Platz auf dem Lichteroderer, der der Kirche gehörig, Kirchhof hat er kein Anrecht. . . . In dem allen kommt die schwere Verantwortung vor Gott in der Ewigkeit“ usw. Ob die Lichteroderer diese Worte des um ihr Seelenheil bangenden Hirten beherzigen und reuevoll in den Schoß der Kirche zurückkehren werden?

Das neue städtische Krankenhaus in Spandau ist nunmehr seiner Bestimmung übergeben worden. Es besteht aus mehreren Einzelgebäuden, welche auf einem Terrain in der Neustadt errichtet und den Fortschritten der Kunst entsprechend eingerichtet sind. In dem Krankenhaus sind Krankenpflegegeschwestern aus Bethanien thätig. Die Anstalt bietet Raum für 300 Kranke und hat einen Kostenaufwand von nahezu 1/4 Millionen Mark verursacht. Das bisherige Krankenhaus in der Altstadt soll als Siedehaus Verwendung finden.

Die Aufstellung eines Planes für die Entwässerung der drei Gemeindebezirke Schöneberg, Wilmersdorf und Friedenau, die dem Stadtbaurat a. D. Vitz in Wiesbaden übertragen worden ist, muß vertragmäßig zum 1. Februar 1900 vollendet sein. Die Aufgabe ist, wie die „D. Bauztg.“ hervorhebt, eine umfassende und schwierige, da sie sich auf ein Gebiet von fast 2000 Hektar erstreckt, von welchem ein kleiner Teil bereits mit Entwässerungs-Einrichtungen versehen ist. Außerdem ist das Gebiet von Eisenbahnen vielfach durchschnitten, hat sehr ungleiche Bevölkungsverhältnisse und zeigt große Verschiedenheiten in der Gestaltung der Oberfläche. Endlich liegt die Spree, welche zur Vorflut zu benutzen ist, in weiter Entfernung. Danach erscheint eine einheitliche Gestaltung der Anlage von vornherein so gut wie ausgeschlossen; es wird auf mit der Vertikalität wechselnde Ausgestaltungen: Schwemmsystem, Tonnenstern und gemischte Durchführung, hinarzuzugehen sein. Die Gemeindefeit in der Bearbeitung des Planes für die drei genannten Gemeindebezirke hat ihren Grund in dem vertragmäßigen Verhältnis, in welchem hinsichtlich der Entwässerung die Gemeinden bis zum Jahr 1900 zu der Stadtgemeinde Charlottenburg stehen. Ob dieses Verhältnis später ganz oder teilweise fortgesetzt wird, steht dahin.

Seinen Verletzungen erlegen ist der junge Richard Schwarzburg aus Pantow, der, wie wir mitteilten, am zweiten Feiertage abends von einem jugendlichen Strolche einen Messerstich in den Unterleib erhielt und schwer verwundet in ein Krankenhaus nach Berlin gebracht wurde. Seine Eltern, die Gärtnereibesitzer Schwarzburgischen Eheleute, verlieren in ihm ihren einzigen Sohn. Der junge Mann hatte erst im vergangenen Jahre seine Militärdienstzeit bei den Kibener Jägern beendet. Die Nachforschungen nach dem Messerhelden haben noch keinen Erfolg gehabt.

Von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden ist die Leiche des 68 Jahre alten Stallmanns August Pohl aus der Schindlerstraße 11 zu Rixdorf, der bei dem Fuhrherrn Schöneberg dort angestellt war. Pohl stand im März, als er Stallwache hatte, schlaftrunken auf, kam einem Fohlen zu nahe und erhielt einen Hufschlag, der ihm den rechten Arm zerquetschte und innerliche Verletzungen zufügte. Nach monatelangen Krankenlager ist der Vermisste jetzt im Krankenhaus am Urban gestorben.

Arbeiter-Wohnhäuser. Im Nachtragsetat fordert die Reichsregierung dem Vernehmen nach vom Reichstage eine größere Summe zum Bau von Arbeiter-Wohnhäusern in der militärisch-kolonialen Kolonie Haselhorst bei Spandau. Die im vorigen Jahre bewilligten Wohnhäuser dieser Kolonie werden zum 1. Oktober bezogen.

Neunte Generalversammlung des Centralvereins der deutschen Völkher.

Köln, 23. Mai 1899.

Zweiter Verhandlungstag.

Zu dem sechsten Punkt der Tagesordnung „Anbahnung einer Verschmelzung der Organisationen der Brauer und Völkher“ nimmt zunächst der Vorsitzende des Brauerverbandes Bauer das Wort. Sein Antrag sei, im Namen der Stuttgarter Generalversammlung eine Verschmelzung beider Verbände vorzuschlagen. Die Vereinigung empfehle sich, weil beide Berufsarten aufs engste miteinander zusammenhängen, ferner aus verwaltungsrechtlichen Gründen und weil sich die Agitation und die Eringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen gemeinsam leichter durchführen lasse. Ebenso sei die Verschmelzung infolge des Zusammenflusses der Unternehmener und infolge der industriellen Entwicklung notwendig.

In der Diskussion sprechen sich mit Ausnahme der Münchener Delegierten alle Redner gegen die Verschmelzung aus. Die meisten haben ein gebundenes Mandat in dieser Richtung. Folgende Resolution wird in namentlicher Abstimmung angenommen:

In Erwägung, daß die angeregte Verschmelzung der Verbände der Brauer und der Völkher für uns keinen Vorteil zu bieten vermag, sondern nur Nachteile für die Aufbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Gefolge hat, lehnt die Generalversammlung die Verschmelzung ab. Sie erklärt jedoch, daß bei Lohnbewegungen

der Brauer und Brauerei-Arbeiter gegen die in der Bewegung stehenden volle Solidarität gewahrt wird.“

Zum siebenten Punkt der Tagesordnung: Die Arbeitslosen-Unterstützung liegen mehrere Anträge vor, die die obligatorische Arbeitslosen-Unterstützung mit zentraler Grundlages wollen, entgegen dem jetzigen Zustand, der es den Arbeitlosen überläßt, aus örtlichen Mitteln die Unterstützung zu zahlen.

Liege-Halle: Den Verheirateten fällt es schwer, bei Arbeitslosigkeit den Wohnsitz zu wechseln. Zudem klagen die alten Kollegen stets, für sie werde im Verein nichts geleistet; sie zählen nur für die jungen Leute. Durch die Arbeitslosen-Unterstützung wird man die alten Kollegen heranziehen, die jetzt bereits stehen. Aber sie muß obligatorisch eingeführt werden. Der Brauerverband hat seinen meisten Halt in der Arbeitslosen-Unterstützung.

Richting - Altona: Die Last der lokalen Unterstützung wird den Arbeitlosen zu groß. In Altona zahlen wir pro Woche 5 M. und für jedes Kind 1.50 M., jedoch nicht mehr als insgesamt 9.50 M. Nicht nur die Unterstützten haben Vorteil davon, sondern auch die Arbeitenden, weil die ersteren nicht dadurch die Löhne drücken, daß sie gezwungen sind, zu jedem Preise ihre Arbeitskraft anzubieten. Ferner wird die Arbeitslosen-Unterstützung eine Verminderung der Reiseunterstützungen zur Folge haben. Die letztere ist ja auch eine Arbeitslosen-Unterstützung, die allerdings nur den unverschuldeten Mitgliedern zu gute kommt. Auch fallen durch die Arbeitslosen-Unterstützung die Kollegen nicht so leicht der Armenverwaltung zur Last, und weiter ermöglicht sie eine ständige Ueberaufsicht über die Arbeitslosigkeit.

Nach längerer Debatte ergiebt die Abstimmung die Ablehnung der Einführung der obligatorischen Arbeitslosen-Unterstützung. 22 Delegierte stimmen dagegen, 9 dafür.

Es folgt der neunte Punkt „Die Fachzeitung“. Aus dem Bericht des Redacteurs Wolmann geht hervor, daß die Auflage zur Zeit 6500 beträgt. Der Zuschuß aus der Hauptkassa beläuft sich pro Mitglied und Vierteljahr auf 25 Pfennig. Es erfolgten vier Verurteilungen. Die Ursache war, daß die Schriftführer es mit der Wahrheit nicht immer genau nahmen.

Nach einer ausgedehnten Diskussion wird dem Redacteur Entlastung erteilt.

Ein von den Mitgliedschaften Mainz, Berlin, Altona, Stahfurt, Lagerdorf und Hamburg gestellter Antrag auf Vergrößerung der „Völkher-Zeitung“ wird abgelehnt; jedoch sollen im Bedarfsfalle Beilagen gemacht werden. Zur Berücksichtigung überwiegen werden Anträge, die mehr Artikel socialpolitischen Inhalts und fachgewerbliche Artikel verlangen. Ferner wird beschlossen, daß Inserate, worin unter Hinweis auf niedere Löhne Grundstücke zu Fabrikzwecken angeboten werden, von der „Völkher-Zeitung“ zurückzuweisen sind. Andere Anträge werden teils abgelehnt, teils zur Berücksichtigung überwiesen.

Um sieben Uhr abends werden die Verhandlungen auf Mittwoch früh verlagert.

Aus der Frauenbewegung.

Im Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse hält am Montag, den 29. Mai, abends 8 Uhr, in den Arminienhallen, Kommandantenstr. 20, Herr Dr. Venzig einen Vortrag über das Thema: „Die Strafe in der Erziehung.“ Um recht zahlreichen Besuch der Mitglieder und Gäste bittet Der Vorstand.

Ueber die amerikanische Mädchenschule in Konstantinopel wird berichtet, daß unter ihren Schülerinnen nicht weniger als 13 Nationalitäten vertreten sind. Was die geistigen Anlagen betrifft, so läßt die europäischen Mädchen ihre Aufgaben nicht besser, als ihre orientalischen Schwestern. Eine Orientalin erhielt im Jahre 1898 die besten Censuren. In Sprachen übertreffen die Griechinnen meist ihre übrigen Mitschülerinnen, doch sind sie nicht begabt für Mathematik. Die amerikanische Schule wurde im Jahre 1871 gegründet und seitdem ist sie durch das Bildungsbedürfnis des Ostens stetig gewachsen.

Eine Frau als Regierungskommissarin. Mrs. Mary Garrison Mc Kee ist vom Gouverneur Roosevelt von New York zum Kommissarin des Staates New York auf der Pariser Weltausstellung von 1900 bestimmt worden. Mrs. Mc Kee, welche jetzt in Saratoga wohnt, hat große Erfahrung im öffentlichen Leben gesammelt, als sie während der Präsidentschaft ihres Vaters, des Generals Garrison, im Weißen Hause zu Washington lebte. Sie dürfte deshalb ihre Pflichten als Regierungskommissarin vortrefflich ausfüllen.

Gerichts-Beilage.

Der seltene Fall eines Polizeikampfs gegen antisemitische Flugblattverleiher beschäftigt gestern das Oberverwaltungsgericht. Die Polizeiverwaltung von Verkeberg hatte dem Fleischer Ehlers die Erlaubnis zum öffentlichen Verteilen eines antisemitischen Flugblattes verweigert. Ehlers klagte darauf im Verwaltungsstreitverfahren und machte geltend, daß der § 10 des preussischen Preßgesetzes die Verlegung der Erlaubnis, Druckschriften öffentlich zu verteilen, nur für die Fälle zulassen wolle, wo die persönlichen Eigenschaften der Verteiler bezugslos erregend wären. Im übrigen müsse bestritten werden, daß § 10 Nr. 17 Allgemeinen Landrechts den ablehnenden Bescheid der Polizeiverwaltung rechtfertige, denn von der Flugblattverteilung habe eine Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung nicht bestritten werden können. Nur Juden und deren Freunde wären unangenehm berührt worden. Der Kreisaußschuß, dessen Urteil später vom Bezirksaußschuß bestätigt wurde, wies die Klage ab und erklärte die rechtlichen Ausführungen des Klägers für unzutreffend. Entscheidend dafür, ob die Polizei die Genehmigung erteile oder nicht, sei der Inhalt des Flugblattes. Die Polizei sei nun hier mit ihrem Vorgehen im Recht gewesen, weil sie angenommen habe, daß der Inhalt des Flugblattes geeignet gewesen sei, aufreizend zu wirken. — Auf die Revision des Klägers hielt das Ober-Verwaltungsgericht die Sorentscheidungen anrecht.

Das Reichsgericht hatte kürzlich die sonderbare Frage zu entscheiden, ob eine Semmel dadurch, daß eine Stednadel in sie hineingesteckt wird, die Eigenschaft eines gesundheitschädlichen Nahrungsmittels erhält. Die Anträgerin eines Bädermeisters hatte einem Herrn, dem sie Semmeln zugutragen hatte, zu drei verschiedenen Malen in je eine dieser zum Essen bestimmten Semmeln eine Stednadel derartig gesteckt, daß sie von außen nicht sichtbar war; beim Entzweibringen der Semmeln sind die Stednadeln jedesmal entdeckt worden. Die Angeklagte war freigesprochen worden, weil nach Ansicht der Strafkammer weder grober Unfug, noch § 229 Verbringung eines Stoffes, welcher die Gesundheit zu zerstören geeignet ist, vorliege. Hierin hatte die Staatsanwaltschaft keine Gefehesverletzung erblickt, sie hatte dagegen im Wege der Revision den weiteren Ausspruch der Strafkammer bekämpft, daß auch der Tatbestand des § 12 des Nahrungsmittelgesetzes nicht vorliege. Das Reichsgericht hat nun aber auch bestritten, daß durch die Thätigkeit der Angeklagten im Sinne des Gesetzes ein „gesundheitschädliches Nahrungsmittel“ zur Entdeckung gelangt sei. § 12 des Gesetzes setze immer voraus, daß der zu einem ungeschädlichen Nahrungsmittel hinzugefügte schädliche Stoff ein wirklicher Bestandteil des Nahrungsmittels selbst wird. In dem hier in Rede stehenden Falle blieb das Nahrungsmittel nach wie vor die Semmel; das Hineinstecken der Nadel machte die Semmel zu keiner nach irgend einer Richtung anders gearteten Semmel, zu keinem für den Genuß mündertauglichen Nahrungsmittel. Nicht sie, sondern der in sie eingeschobene Fremdkörper war es, der eine gesundheitschädliche Wirkung zu äußern vermochte, wenn er in den menschlichen Organismus eingeführt wurde. Vor dem Gesetze liegt dieser Fall nicht verschieden von dem, wo etwa eine Stednadel äußerlich irgendwie der Semmel angehängt, ihr angeheftet wäre, oder wo etwa in ein flüssiges Nahrungs- oder Genussmittel, einen Teller Suppe oder eine Tasse Kaffee eine Stednadel hineingeworfen wäre. Solche Fälle seien bei Erlass der Strafbestimmung in § 12 des Nahrungsmittelgesetzes nicht ins Auge gefaßt worden, vielmehr hat dieses Gesetz

in der vorliegenden Art als durch die sonst bestehende Gefehesgebung ausreichend getroffen angesehen.

In diesem Frühjahr liefen bei der Polizei eine ganze Anzahl Anzeigen ein, wonach Leute aus der Provinz, welche hier Stellung suchten, in der schändlichsten Weise geprellt worden waren. Der Schwindler wurde schließlich in der Person des Ciseleurs Max Genside ermittelt und dingfest gemacht. Im gestrigen Termine traten neun Zeugen gegen ihn auf. Der Angeklagte hatte nach einem alten Rezept gearbeitet. Er hielt sich in der Nähe der Stellenvermittlungsbureau auf. Er sah er einen Menschen von dort herauskommen, dessen Keufheres den Provinzialen verriet, so wandte er sich an ihn mit der Frage, ob er sich eine Kleinigkeit verdienen wolle. In der Regel kam dem Angeredeten dies Anerbieten gelegen. Der Angeklagte übergab ihm dann ein Paket zum Tragen und ging neben her. Unterwegs unterhielt der Angeklagte sich mit seinem Begleiter und erfuhr zunächst, daß derselbe sich hier eine Stellung suchen wolle. Genside erlaubte sich nun nach seinen Verhältnissen und meinte dann, es treffe sich zufällig, daß er selbst einen Hausdiener gebrauchen könne, er sei Mitinhaber eines nicht unbedeutenden Geschäftes. Da er guten Lohn verpaid, wurde die Anbetung mit Freuden angenommen. Am Bestimmungsorte angekommen, löhnte der Angeklagte den Träger seines Pakets ab, meinte dann aber nach kurzem Besinnen, daß sein Begleiter, der am folgenden Tage den Dienst bei ihm antreten sollte, heute schon einen Gang für ihn machen könne. Es falle ihm, dem Angeklagten, soeben ein, daß er in der Nähe eine Zahlung zu leisten habe. Der neue Hausdiener möge mit einem Pötel von dem Angeklagten nach dessen Geschäft gehen. Er werde darauf von dem Kassierer 200 M. ausbezahlt erhalten, die er ihm nach einem Restaurant, welches der Angeklagte bezeichnete, zu bringen habe. Der Beauftragte war hoch erfreut und fand es auch nicht unbillig, daß sein neuer Brotherr einem gänzlich Unbekannten gegenüber die Vorachtsmaßregel gebrauchte, sich dessen Portemonnaie und Taschengeld als Pfand geben zu lassen. Natürlich hatte der Angeklagte eine gar nicht bestehende Firma in einer entlegenen Straße angegeben. Der Provinziale war betrogen. Im Termine legte der Angeklagte, der sich bei seiner Verhaftung noch dadurch verdächtig gemacht hatte, daß er einen falschen Namen angab, sich aufs Zeugnen. Er behauptete, das Opfer einer Personenverwechslung geworden zu sein. Einige der Betrogenen konnten ihn aber mit aller Bestimmtheit wieder und in diesen Fällen erfolgte seine Verurteilung. Das Erkenntnis lautete auf acht Monate Gefängnis und eine Woche Haft.

Marktpreise von Berlin am 23. Mai 1899

nach Ermittlungen des hgl. Polizeipräsidiums.

*) Weizen	D. Ctr.	16.20	14.90	Schweinefleisch	1 kg	1.90	1.10
*) Roggen		15.20	14.-	Rohfleisch		1.80	1.-
*) Butter-Gerste		13.50	12.70	Hammelfleisch		1.80	0.90
*) Hafer gut		15.60	15.10	Butter		2.60	2.-
*) mittel		15.-	14.50	*) Butter	60 Stück	3.60	2.20
*) gering		14.40	14.-	Karpfen	1 kg	2.-	1.20
Nichtstroh		4.-	—	Hale		2.80	1.40
*) Heu		6.80	4.70	Bambur		2.60	1.-
*) Grünfutter		40.-	25.-	*) Schweine		2.20	1.20
*) Grünfütterung		30.-	25.-	*) Vorkasse		1.80	0.80
*) Finken		70.-	30.-	*) Schleie		2.80	1.20
Kartoffeln, neue		6.-	4.-	*) Weize		1.20	0.80
Rindfleisch, Rente 1 kg		1.60	1.20	*) Kriebel	per Schod	12.-	2.50
*) Schaf		1.20	1.-				

*) Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammer - Rotterdamsche - und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppel-Centner.

*) Kleinhandelspreise.

Produktenmarkt vom 24. Mai. Weizen gab 1/2 M., Roggen 1 M. nach. Hafer und Mais konnten sich behaupten, doch war der Umlauf gering. Mühlk (schwächer). Am Spiritusmarkt machte sich lebhafte Stimmung bemerkbar, die Kaufkraft trat scharfer hervor. Angeboten wurden 50 000 Liter 70er Ware, die mit 40.50 M. (+ 0.10 M.) gehandelt wurde. Der Spiritus nicht zugeführt. Termine still und unverändert.

Kartoffelmarkt. Berlin, 24. Mai. Prima trockene Kartoffel für 100 Kilogramm 20.00 M., do. Supra 21.25 M., do. Sekunda 18.-18 M., Prima Kartoffel für 100 Kilogramm 20.00 M., do. Supra 21.25 M., do. Sekunda 18.-18 M.

Städtischer Schlachtviehmarkt. Es fanden zum Verkauf: 316 Rinder, 1894 Kälber, 800 Schafe, 911 Schweine. Vom Rinderauftrieb blieben nur 64 Stück unverkauft. Der Kalberhandel gestaltete sich still. Bei den Schafen wurden ungefähr 525 Stück abgeleitet. Der Schweinehandel verlief ruhig und wurde geräumt. Letzte Ware, reichlich bezogen, sehr vernachlässigt. Berlins Getreide- und Mehlzufuhren zu Wasser vom 23. Mai mittags bis 24. Mai mittags betragen 24 029 Doppelcentner Gerste, 21 533 Doppelcentner Mais.

Witterungsüberblick vom 24. Mai 1899, morgen 8 Uhr.

Stationen	Barometer hand mm	Windrichtung	Witterung	Temp. in C. p. G. = 48 F.	Stationen	Barometer hand mm	Windrichtung	Witterung	Temp. in C. p. G. = 48 F.
Swinemünde	760	SW	2	11	Haparanda	763	Still	—	1
Hamburg	759	SW	2	10	Petersburg	758	SW	2	3
Berlin	761	SW	2	12	Kort	752	SW	3	13
Wiesbaden	760	R	2	14	Itzbeen	760	SW	5	6
München	761	SW	3	14	Wars	759	SW	1	16
Wien	760	Still	—	14					

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 25. Mai 1899. Nachts etwas wärmer, am Tage etwas kühler, ziemlich trübe mit Regenschauern und mäßigen westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Vermishtes.

Wie schwer es der herrschenden Klasse fallen muß, der arbeitenden Bevölkerung, die die Widonen für sie aufhäuft, das zur Ernährung notwendige zu beschaffen, das zeigte sich mit zwingender Gewalt bei einer Weinversteigerung, die vor einigen Tagen in Hattenheim abgehalten wurde. Nach einem Bericht des „Ab. Kurier“ vom 20. Mai waren am gefachtesten 1898 er Weine, namentlich die Edelgewächse aus dem berühmten Rautenthaler Gute der Wilhelmischen Verwaltung, welche mit 14, 15, 25, 25.50, 28, 28 Mark die Flaschen bei stürmischer Konkurrenz zugeschlagen wurden. Die Preise schwanken also, in Stück umgerechnet (das Stück gleich 1200 Liter) von 22 400 bis 44 800 M. das Stück!! Unter den Erstgebern der feineren Auslesen figurierten namentlich der Geh. Kommerzienrat Wäthner zu Leipzig, der Chef der weltberühmten Klavierfabrik, welcher die feinsten Auslesen erstand, sodann Kommerzienrat Sachs zu Nürnberg, Dombaurat Blank zu Köln, Schaller in Dürren, Konul Rappes in Frankfurt, Stabrat Ramspech in Nürnberg, Frowein in Warmen, Maler Racco in Düsseldorf.

Man sieht an dieser Versteigerung, daß die Arbeiter großes Unrecht begehen, wenn sie sich erschrecken, zur besseren Ernährung ihrer Familie eine Lohnerhöhung von 30 oder 50 Pf. auf den Tag zu fordern. Wo sollen die Großunternehmer, die geheimen und öffentlichen Kommerzienräte das Geld für solche unverschämten Forderungen hernehmen, wenn sie für eine Lumpige Flasche Wein bare 28 Mark Entbrenungslohn auf den Tisch legen müssen?

In Ludwigshafen brannte die Pflanzliche Holz- und Bleichfabrik (Aktiengesellschaft) nahezu vollständig nieder. Der Schaden ist groß. Die Ursache des Brandes unbekannt.

Heinrich Vötel schwer verunglückt. Der bekannte Tenorist Heinrich Vötel unternahm am zweiten Pfingstfeiertage in Hamburg eine Wagenausfahrt. Durch einen Unfall stürzte das Gefährt um und der Inasse kam so unglücklich darunter zu liegen, daß er eine schwere Verletzung des rechten Beines davontrug. Die Ärzte mußten zur Operation der Amputation fähren, doch hoffen sie, den Sänger so wieder herzustellen, daß er an einem Gefehesler (Hinken) für die Folge nicht zu leiden haben wird. Die vollständige Heilung dürfte jedoch noch viele Wochen in Anspruch nehmen.

Der Equilibrist Braach, welcher mit seinem Bruder seit Jahren im Wintergarten und noch jüngst vor wenigen Wochen im

Apollo-Theater auftrat, ist in Moskau bei Ausführung seiner Produktionen verunglückt. Er verletzte sich das Rückenmark und verlor im Krankenhaus. Er gehörte einer Berliner Künstlerfamilie an. Seine Schwester, Kupferstecherin, war seit längerer Zeit im Jahre 1908 im Schweizergarten von Turnfeld ab und wurde schwer verletzt, infolgedessen wieder hergestellt. Einige Jahre später erlitt sie das Schicksal in Budapest, wo sie durch einen unglücklichen Sturz das Leben einbüßte.

Aus Marienwerder in Westpreußen wird berichtet: Beim Bootfahren auf dem Schwarzwasser wurde in der Nähe von Schwey ein Kahn, in welchem ein Lehrling und vier Kinder saßen, in den Schleusenfrühdal gezogen. Der Lehrling und zwei Kinder erkrankten.

Ein Hebermensch. Die Zigeuner-Virtuosen scheinen einen eigenen Zauber auf das ganze Geschlecht auszuüben. Die Welt hat wohl kaum die Abenteuer eines gewissen Rigo vergessen, und schon meldet man aus New York, daß ein anderer Zigeuner, Namens Bescha, wegen „hochgradiger Polygamie“ durch ein dortiges Gericht zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt worden ist. Bescha, der erst 28 Jahre alt ist, hat es fertig gebracht, einundzwanzig Frauen zu ehelichen. Er hat Frauen in Ungarn, der Türkei, in Algerien, Spanien, Frankreich und verschiedenen Städten der Vereinigten Staaten. In New York heiratete er sechs Frauen im Zeitraum eines Jahres. Kein Weib soll ihm widerstehen können, wenn er seine Geige ertönen läßt.

In Hongkong hat die Pest weiter um sich gegriffen. Anfang dieses Monats kamen hier 313 Fälle derselben vor, von welchen 204 einen tödlichen Ausgang hatten.

Das gelbe Fieber wütet in Grand-Bassam an der afrikanischen Elfenbeinküste mit besonderer Heftigkeit. Bisher sind fünfzehn Todesfälle festgestellt. Die Stadt ist von den Bewohnern geräumt worden, welche nach längerer Quarantäne an verschiedenen Punkten der Küste untergebracht werden.

Der Sanitätsrat in Konstantinopel hat wegen der Pest-erkrankungen für die Provinzen aus Alexandria eine zehntägige Quarantäne, für solche aus anderen ägyptischen Gassen eine ärgere Untersuchung und Desinfektion angeordnet.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 25. Mai.
Opernhaus. Die Meistersinger von Nürnberg. Anfang 7 Uhr.
Schauspielhaus. Das fünfte Rad. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neue Oper. Geschlossen.
Deutsches. Der Biberpelz. Anfang 7 1/2 Uhr.
Festung. Im weißen Rössl. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Der Barock von Stralsund. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westend. Der Schlafwagen - Controloir. Vorder: Zum Einsiedler. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Die Frau vom Meer. Anfang 8 Uhr.
Neues. Hofgünst. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westen. Margarethe (Haupt). Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Die Puppe. Anf. 7 1/2 Uhr.
Luffen. Der Kammerlater. Anfang 8 Uhr.
Selle-Miliane. Der Altienbudler. Anfang 8 Uhr.
Friedrich. Wilhelmshäutchen. Des großen Königs Kretz. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Um ein Weib. Anfang 8 Uhr.
Odeon. Die rote Mühle. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Specialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Specialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Fest-Palast. Specialitäten-Vorstellung.
Passage-Panopticum. Specialitäten-Vorstellung.
Urania. Taubenstrasse 48/49. Um 8 Uhr: Im Theater: Vom Matherhorn zur Jungfrau. Invalidenstr. 57/62: Tägl. Sternwarte. Nachmittags täglich 5-10 Uhr.

Schiller-Theater

(Wagner-Theater).

Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Frau vom Meer.
Schauspiel in 5 Akten von S. Jbsen.
Freitag, abends 8 Uhr:
Zum erstenmal:
Satisfaktion.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Satisfaktion.

Urania

Taubenstrasse 48/49.
Um 8 Uhr: Im Theater:
Vom Matherhorn zur Jungfrau
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags täglich 5-10 Uhr.

Passage-Panopticum.

Nur noch kurze Zeit.
Der unverwundbare Fakir Aratas.
Das 6jährige Wunderkind Marietta
(kann nur im Finstern sehen).
Son 6 1/2 Uhr: Specialitäten-Vorstellung.

CASTANS PANOPTICUM

im Pachorrpalast, Friedrichstr. 165.
Neu!! Lebende Photographien!
Neu!! in Lebensgröße.
Lebende Bilder, gestellt von 5 jungen schönen Damen.
„Dreifuss“ dreibeinig, lebend. Tscherkessenpferd.

Central-Theater

Direktion: José Ferenzy.
Nur noch 6 Vorstellungen.
Die Puppe (La Poupée).
Operette in 5 Akten und einem Vorspiel von Ordreman u. Sturges. Musik von Ed. Aubert.
Morgen: Die Puppe (La Poupée).
Mittwoch, den 31. Mai: Waldweiber. Operette in 3 Akten von Johann Strauß.

Metropol-Theater.

Behrenstr. 55/57. Dir. Rich. Schultz.
Nur sensationelle Specialitäten.
Mademoiselle Lida
(Die Schlafwagen - Controloirin).
José Hurgin (Meisterschafts-Jongleur im Billardsalon).
Frid-Frid (Die schöne junge Berliner Soubrette).
Paul Jülich (der aktuellste Couplet-Humorist).
Die Grigorys.
Die Glinzerettis.
Die Noissets.

Der schöne Rigo.

Operette von Ziehrer.
Zwei grosse Balletts.
Reizender Sommergarten.
Rauchen in allen Räumen gestattet.
Wochentags Anfang 8 Uhr,
Sonn- und Feiertags 7 1/2 Uhr.

Offend-Carl-Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132.
Kavität! Zum 5. Male: Kavität!
Die rote Mühle.
Sensationelles Aufführungsgeschehen in 8 Bildern von G. D'ontofsky und E. Sondernann. Anfang 8 Uhr.
Vorwärts-Bülets haben Vorrang.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Im Konzerthaus:
Konzert, Theater und Specialitäten.
27 Nummern.
Otto Müller-Hömer, Komiker. Gummy Dahl, Kofkumsoubrette. Eugen Andree, Chansonetten-Parodist. Guido Melay, Duettisten. Mr. Alonzo, Jongleur. The Nelson, Gymnastiker. Gr. Pantomime. Anfang 8 1/2 Uhr. Saisonkarten haben Gültigkeit.

Victoria-Brauerei

Bühnenstr. 111/112.
Im Naturgarten oder Saal:
Täglich
Humoristische Soiree der Norddeutschen Sänger
(Führmann, Horst, Walde).
Anf. Sonntag präc. 7, wochentags 8 Uhr.
Entrée 50 Pf.
Vorber. 40 Pf.
Familienbillets 3-1 R.
Sonntag und Donnerstag nach der Vorstellung: **Tanzkränzchen.**

Apollo-Theater.

Heute, Donnerstag, den 25. Mai:
Zum 25. Male:
Frau Luna.
Im 4. Bilde:
Das sensationelle Luftballatt **Grigolatis.**
Ferner:
Robert Steidl
Hella Collier
The 3 Gilbars
etc. etc. etc.
Anfang 8. Garten-Konzert 7 Uhr.
der Vorstellung 8 Uhr.
Billet-Vorverkauf täglich im Theater und beim „Kassierdank“, Unter den Linden 69.

Reichshallen.

Bei schönem Wetter in dem herrlichen, aufs prächtigste renovierten Konzertgarten, bei schlechtem Wetter im großen Theatersaal.
täglich:
Stettiner Sänger
(Meyer, Biezo, Britton, Siebl, Arone, Schneider und Schrader).

Prater-Theater

Rahnen-Allee 7/9.
Täglich: **Dorus Resl.** Volksstück mit Gesang u. Tanz von Hugo Schulz, Musik von H. Kersten. Kofkumsoubrette Frei. Vierrath. Gebr. Milardo, Gebr. Duell. Tsama-Quartett, Gesang u. Tanz. Abous u. Campton, Reclamturner. St. Picardy, Gomb u. Kofkumsoubrette. Mr. Hubertus, Kunstseiler. Ballettgesellschaft. Döring. Mm. Olanka, Edisonograph. Lebende Riefenphotographien. Konzert u. Ball. Eintritt wochentags 30 Pf., nam. Pl. 50 Pf., Sonntag 50 Pf., nam. Pl. 75 Pf. Kalbo.

Freie Volksbühne

Sonntag, den 28. Mai, nachmittags 2 1/2 Uhr: 230/2
VI. Abteilung: Lessing-Theater: „Der Revisor“.
III. Abteilung: Friedrich Wilhelmstadt-Theater: „Einsame Menschen“.
Achtung! Die Mitglieder der Zahlstelle 22 (Banke) werden ersucht, ihre Karten beim Saisonschluss an den Zahlstellen-Inhaber abzugeben. Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Wedding-Park

Müllerstrasse 178. Am Wedding-Platz.
Jeden Sonntag und Donnerstag:
Grosses Frei-Konzert,
ausgeführt von der uniformierten Hauskapelle unter Leitung des Musikdirektoren Herrn Koch. 1924/5
Im Saal: **Grosser Ball.**
7 verdeckte Sommer-Regelbahnen, von denen noch einige zu vergeben sind. - Volksbelustigungen aller Art. - Kaffeeliche täglich nachmittags von 3-6 Uhr geöffnet. - Vom 30. Mai ab jeden Dienstag: Auftreten der Original-Norddeutschen Sänger. W. Trapp.

Max Kliems Sommer-Theater

Hasenhalde 14-15. Kritische Leitung: Paul Wilbich.
Täglich: **Großes Garten-Konzert.**
Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
Aufsireten des gesamten Schauspiel- u. Specialitäten-Personals.
Nur erstklassige Kräfte.
Georg Fischer (Viedersänger), Karl Gursch (Zaus-Parodist), Heddy Brumlen (Kofkum-Soubrette), Dora Marchetty (Parforce-Faultbriffin), Jackson-Truppe (Excentriker) u/s.
Neues gediegenes Familien-Programm.
Entree: Wochentags 20 Pf. Entree: Sonntags 25 Pf.
Numerierter Platz 40 Pf. Numerierter Platz 50 Pf.
Anfang des Konzerts täglich 4 Uhr. Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
In den Festjalen: **Großer Ball.**
Die Kaffeeliche ist geöffnet. **Max Kliem.**

Brauerei Friedrichshain.

Täglich **Hagenbecks Polar-Show.**
5, 7, 9 Uhr:
12 Eisbären, vorgeführt von Hendrick Olafson.
Elefant, Pferd und Hund, vorgeführt von Herckenrath.
Entree 30 Pf., Kinder 15 Pf.
Annoncen-Expedition F. v. Schirp, Berlin.

Schweizer-Garten

Am Königsthor (Ringbahn) Am Friedrichshain.
Täglich: **Theater- und Specialitäten-Vorstellung.**
Volksbelustigungen aller Art.
Freier Damentanz und **Ball.**
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.
An Wochentagen ist das Etablissement an Vereine zu vergeben.

Achtung, Kupferschmiede!

Sonntag, den 27. Mai, abends 9 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c:
Öffentl. Versammlung der Kupferschmiede

Achtung!

Berein des technischen Personals der deutschen Bühnen.
Sonntag, den 27. Mai, abends 11 Uhr, Annenstr. 16:
Versammlung.

Hierbei wird...

Hierbei wird...
Hente den 25. Mai, abends 8 Uhr,
begibt ein neuer Abendkursus für Elektromonteur, Installateur, Werkmeister, Maschinenf. 132.
Vielst jährliche Lehrmethode. Große Erfolge. Dauer sechs Monate.
Donnerstag 8 Uhr monatlich. Jedem Schüler ist Vorkenntnis geboten, während dieser Zeit an dem praktischen Unterricht teilzunehmen.
Zugang. Stellungsgewiss.
„Elektra“, Prinzenstr. 55 (gegenüber der Turnhalle).
Anmeldungen schleunig. Prospekte gratis und franco.
Telephon Amt IVa 6006.

Moabit-Gejellschajts-Haus.

Alt-Moabit 80-81.
Täglich:
Grosses Konzert
und
Specialitäten-Vorstellung
ersten Ranges.
Kaffeeliche geöffnet. - Vesperpartout haben Gültigkeit und sind noch zu haben. - Elektrische Beleuchtung.
O. H. Peters.
Rechtsjüngbureau Unter
führt alles durch. Invalidenstr. 126. II.

Samuel Kokosky.

Montag, den 22. Mai, abends 9 Uhr, starb im 62. Lebensjahre im Krankenhause der jüdischen Gemeinde mein unvergesslicher, heiss geliebter Mann
Samuel Kokosky.
Die tiefgebeugte Witwe
Friederike Kokosky, geb. Cohn.
Die Beerdigung findet heute, Donnerstag, 3 Uhr nachmittags von der Leichenhalle des jüdischen Friedhofes in Weissensee aus statt.

Mitpolierung, Wairoke 4 Nr. Graefner, Lindenstr. 24. 2086

Vermietungen.

Einfach möbl. Zimmer für Herrn bei Hofmann, Mantelstr. 68, Querg. I.
Möblierte Schlafstelle bei Buchs, Stallchreiberstr. 61, u. 4 Tr.

Arbeitsmarkt.

Achtung, Holzarbeiter!
Bei Elsholz, Krautstr. 52, stehen die Kollegen im Streik.
In der Signalfabrik von **Stehmann, Reichbergerstr. 142**, sind sämtliche Tischler wegen Streikens des 1. Mai entlassen. Zugang ist fernzuhalten.

Achtung, Drechsler!

In der Bildhauerstr. von **H. Wolff**, Friedrichstr. 14, haben sämtliche Drechsler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt.
Zugang fernhalten. 79/14

Möbelpolierer.

Bei **Müller, Krautstr. 37**, sind die Kollegen gemahregelt. 146/3
Zugang fernzuhalten bittet **Der Vorstand des Verbaudes.**

Stellenangebote.

Lüchtiger Dirigent
für Gesangsverein (R. d. A. S.)! Dienstag gel. **Abt. Biedermann, Wälderstr. 22b**
Steinmetzen auf Marmor verl. **Emil Zachs**, Neu-Wehner, Röllstr. 129. 1445
Korbmacher verl. **Wemig, Deagonerstr. 11**. Auf weiß und grün. 2176

Schreihauer

werden verlangt [2096]
Grabdenkmäler-Fabrik
Kirschner & Co., Badstr. 7.
Gute Farbmalerei, Verfertiger u. Verfertigerin. **H. Zopf, Waldemarstr. 61.**
Tüchtigen Marmorfleischer verlangt **Neue Königinstr. 8.** [2048]
Tüchtigen Schreihauer verlangt [2055]
Neue Königinstr. 8.

Konsum-Verein im Planenschen Grund

eingetr. Gen. mit beschr. Galtstf. in Deuben.
Obiger Verein sucht einen erfahrenen kaufmänn. gefälligen Geschäftsführer. Eintritt per 1. Juli d. J. Gründliche Kenntnis der Kolonialwarenbranche erforderlich, bezgl. der Konfektion und Manufakturwaren erwünscht.
Mitglieder ca. 1100. Jahresumsatz ca. 400 000 R.
Bewerber wollen ihre Offerten mit Gehaltsansprüchen bis spätestens den 1. Juni an den Unterzeichneten einreichen. 1918/9
Edwald Bug, Vorsitzender, Niederbühlstr. 59, R. Post Deuben, Bezirk Dresden.

Loh-Tannin-Bäder

Dampf, Heißluft, Cool, Bannen u. andere medizinische Bäder
täglich für Damen u. Herren in der Kur u. Heilanstalt **Reiterhof**, Berlin N., Koenigstr. 132.
Neu eröffnet. Größte hygienische Soubrette. Bäder für sämtliche Krankheitsarten. Ein Probebad erhält Inhaber dieser Anstalt aus Verleih vollständig **umsonst**
bis 1. Juni 99 nur 1 Probebad gratis. (1732)
Richter, früh a. d. Spand. Br. 6.

Allerlei Anzeigen.

Milch- u. Borkost-Geschäft
14 weg. anderweit. Untern. f. 600 R. (sof. zu verl. **H. Herzberg**, Baumstr. 30.
Rehabilitations-Ginricht. u. verl. **Marzgrafstr. 79**. Im Rest. zu verl. [2008]
Halbrenner, für Schul-angenehme Maschine, feine deutsche Marke, mit Kontinental-Pneumatik, verl. (sof. für den hal. Wert. Fahrtraggarantie noch 10 Monate. **Kante, Schneidmstr., Friedrichstr. 235.**

Unsern neuesten Kurs.

- April. 4. Berlin. Genosse Jacoby 50 M. Geldstrafe wegen Verleumdung eines Nachwärters. 5. Dessau. 1 Monat Gefängnis Genosse Schmyler wegen Verleumdung von Offizieren. 6. Bernburg. Wegen unerlaubten Auspielens beweglicher Gegenstände Genosse Voigt 10 M. Geldstrafe. 7. Halle. 50 M. Geldstrafe Genosse Swienty wegen Verleumdung eines Fabrikanten. 8. Berlin. In der Revisionsinstanz der Witt Weidner-Brandenburg wegen verurtheilter Rottung 6 Monate Gefängnis. 9. Wegen Aufreizung zum Klassenhass der Schneider Stubbe 60 M. Geldstrafe. 10. Reichenbach. Genosse Kühn-Langenbielau wegen Verleumdung groben Unfugs 9 M. Geldstrafe. 11. Weuthen. Wegen Verächtlichmachung von Staatsanwaltschaften Genosse Dulong neun Monate Gefängnis. 12. Schweidnitz. Drei Monate Gefängnis Genosse Feldmann-Langenbielau wegen Verleumdung eines Fabrikanten. 13. München. Genosse Schmid wegen Verleumdung eines Stadtvaters zu 50 M. Geldstrafe. 14. Leipzig. In der Revisionsinstanz Genosse Huth-Brandenburg sechs Wochen Gefängnis wegen Verleumdung eines Affektors. 15. Halle. 1 Woche Gefängnis Genosse Swienty wegen Verleumdung des Staatsanwalts. 16. Dresden. Mit Mitgliedern des Kötzauer Hilfskomitees wegen unerlaubten Sammelns je 30 M. Geldstrafe. 17. Weisenfels. Genosse Polorn wegen Verleumdung zweier Gendarmen 50 M. Geldstrafe. 18. Neuburg. Die Arbeiter Petersen und Rissen wegen Verleumdung usw. 6 bzw. 3 Wochen Gefängnis. 19. Dresden. Schlosser Liefeld wegen unerlaubten Sammelns 50 M. Geldstrafe. 20. Stuttgart. Wegen Verleumdung militärischer Vorgesetzten Genossen Reil und Wotzsch 150 bzw. 80 M. Geldstrafe. 21. Hannover. 150 M. Geldstrafe Genosse Thielhorn wegen Verleumdung zweier Fabrikanten. 22. Wismar. Je 60 M. Geldstrafe drei Genossen wegen unbesugten Sammelns. 23. Rostock. Genosse Groth drei Monate Gefängnis wegen Verleumdung des Grafen Schulenburg. 24. Berlin. Wegen Verleumdung eines Maurerpoliers Genosse Jacoby 30 M. Geldstrafe. 25. Frankenthal. 50 M. Geldstrafe Genosse Wenzel wegen Verleumdung eines Fabrikanten. 26. Rüggeberg. Sechs Wochen Gefängnis Genosse Kalut wegen Verleumdung eines Pfarrers. 27. Hamburg. Zwei Bauarbeiter wegen Verleumdung von Streikbrechern zwei Monate bzw. drei Wochen Gefängnis. 28. Danau. Wegen Verleumdung eines Polizeibeamten Genosse Schmidt 10 M. Geldstrafe. 29. Leipzig. In der Revisionsinstanz Genosse Winter-Weuthen drei und Genosse Kukulich-Dreslau ein Monat Gefängnis wegen Mißthatverleumdung. 30. Halle. Wegen des gleichen Delikts Genosse Swienty 300 M. Geldstrafe. 31. Sameln. Genosse Becker wegen Verleumdung von Polizeibeamten 15 M. Geldstrafe. 32. Bochum. Wegen Verleumdung eines Betriebsführers Genosse Hue 500 M. Geldstrafe. 33. Chemnitz. Drei Wochen Gefängnis Genosse Lessen wegen Verleumdung von Polizeibeamten. 34. Nürnberg. Genosse Gärtner wegen Verleumdung groben Unfugs 100 M. Geldstrafe. 35. Halle. 40 M. Geldstrafe Genosse Swienty wegen Verleumdung eines Oberstaatsanwalts. 36. Holzminde. Wegen Mißthatverleumdung Genosse Meyer-Stadtdorf 8 Monate Gefängnis. Insgesamt wurde erkannt auf 3 Jahre, 1 Monat und 5 Wochen Gefängnis und 2144 M. Geldstrafe. Berlin, den 7. Mai 1899. Der Parteivorstand.

Generalversammlung des Verbandes der in Buchdruckereien und verwandten Berufen beschäftigten Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

(Schluß.) Der Punkt „Remuneration des Verbandsvorstandes“ rief ebenfalls eine längere Debatte hervor. Der Verbandsvorstand beantragt eine Jahresentschädigung von 300 M. für die erste Vorsitzende, 400 M. für den ersten Kassierer und 60 M. für die erste Schriftführerin. Mit Rücksicht auf die verhältnismäßig geringen Verbands-Einnahmen wurde dieser Antrag vielfach bekämpft. Man einigte sich dann auf eine Jahresentschädigung von je 200 M. für die Vorsitzende und den Kassierer, und von 30 M. für die erste Schriftführerin. Bei günstigen Verhältnissen können die Beträge erhöht werden. Einstimmig wiedergewählt wurden hierauf Frau Thiede zur Vorsitzenden und Herr Schulz zum Kassierer des Verbandes. Die Wahl der übrigen Vorstandsmitglieder haben die Zahlstellen Berlin I und II vorzunehmen. — Unter Verschiedenem beschloß man, in das Statut eine Bestimmung aufzunehmen, wonach jedes Mitglied vierteljährlich 10 Pf. zu zahlen hat, um die Kosten der Verbandstages zu decken. Der nächste Verbandstag soll möglichst erst in drei Jahren stattfinden. — Miller regt eine umfangreichere Agitation an. Frau Thiede erklärt, der Vorstand werde seine Anregung einer Agitationsreise möglichst berücksichtigen. Nach Erlebung einer Reihe geschäftlicher Angelegenheiten beendete der Verbandstag am Dienstag um 5 1/2 Uhr nachmittags seine Verhandlungen. Unter allseitigem Bravo spricht Frau Thiede die Hoffnung aus, daß die dreitägige Arbeit der Delegierten dem Verbands Segen bringen möge.

XI. Kongreß der Töpfer, Ziegler und Berufsgenossen Deutschlands zu Belten.

Der Kongreß begann heute vormittag 10 1/4 Uhr in Grunow 8 Lokal seine Verhandlungen. Anwesend sind, abgesehen von den Vertretern des Vorstandes und des Ausschusses, 34 Delegierte, und zwar 17 Offensiver, 12 Werkstübenarbeiter und 5 Scheideköpfer. Bei der Bureauwahl werden Jacoby und Schmidt-Belten zu Vorsitzenden bestimmt. Jacoby erstattet den Rechenschafts-Bericht des Centralvorstandes. Die Organisation hat in den letzten zwei Jahren nur um 800 Mitglieder zugenommen, dagegen ist ihre finanzielle Lage recht günstig. Alle Kräfte waren zum größten Teil für die zahlreichen Streiks in Anspruch genommen, von denen 31 durchgeföhrt wurden, und nur 3 ohne Erfolg. An eine Agitation war leider nicht zu denken, da die Mittel für die Streiks aufgebraucht wurden. Dringend notwendig ist eine Aenderung des Fachblattes, sowohl was den Inhalt, als auch was den Erscheinungsmodus betrifft.

Lothar giebt den Rechenschaftsbericht. Der Kassenbestand pro 1. Quartal 1898 betrug 12 980 M., der pro 1. Quartal 1899 28 933 M. Drunsel berichtet über die Thätigkeit des Ausschusses. Gegen den Centralvorstand waren nur vier unwesentliche Beschwerden eingelaufen, die zur Zufriedenheit erledigt wurden. Die Einigung der Berliner Lokalfisten und Centralisten ist glänzlich gelungen. In der darauf folgenden Diskussion beklagt sich Evers über die mangelhafte Agitation. Es fehle die treibende Kraft. Jacoby müsse sich ganz dem Verbands widmen und seine Stellung am „Vorwärts“ niederlegen. Redner wendet sich sodann gegen das Wander-Unterstützungswesen, sowie gegen den projektirten Anschluß der Ziegler aus der Organisation. David bittet, dem Berliner Kompromiß zuzustimmen, um nicht den Lokalfisten schädlichen Agitationsstoff zu geben. Adler schneidet die Schuld an den mangelhaften Fortschritten auf die Ungleichgültigkeit der Beitragsleistungen. Fast alle Redner beschwerten sich über das Passorgan und wünschen, es zu einem Wochenblatt oder einem Halbmögensblatt zu machen. Lothar empfiehlt aus Zweckmäßigkeitsgründen Trennung von den Ziegler, die dann ihre eigene Organisation gründen würden. — Die Weiterberatung wird hierauf auf Mittwoch 8 1/2 Uhr vertagt.

Generalversammlung des Verbandes der Porzellan- und verwandten Arbeiter.

In der heutigen Sitzung wurden die Berichte der Delegierten beendet. Dann erstattete der Vertreter des Schiedsgerichts Bericht über die Behandlung einer Reihe von Beschwerden, die gegen den Vorstand gerichtet worden sind. Dieselben betreffen die Ausführung der Bestimmungen über das Unterstützungsweien. In die ausgedehnte Debatte spielte auch ein Streit hinein, der seit einiger Zeit zwischen Vorstand und Schiedsgericht wegen der Kompetenzen der beiden Körperschaften schwelt. Eine Entscheidung über diese Angelegenheit wurde heute noch nicht gefaßt.

Unternehmer-Verbände.

Voyottierungsversuche des Kohlen-Syndikats. Gegenüber dem Streben der großen rheinisch-westfälischen Eisenerwerbe, durch Ankauf von Kohlengruben sich den Kohlen- und Coalsyndikaten unabhängig zu machen, hat das Rheinisch-Westfälische Kohlen-Syndikat, wie früher die dem Syndikat nicht beigetretenen Fachen, nunmehr auch die Eisenwerke, welche eigene Gruben zu erwerben beabsichtigen, mit einem Voyottier bedroht; d. h. das Syndikat droht, alle Privat-abnehmer von Hüttenzechen von dem Bezuge von Syndikatskohlen auszuschließen. Wie die „Dresd. Morgen-Bl.“ mitteilt, hat sich das Eisen- und Stahlwerk Hölz durch diese Drohung nicht betreten lassen und sich durch den Ankauf der Zeche Ber. Westfalia hinsichtlich des Kohlen- und Coalsbedarfes auf eigene Füße gestellt. Nicht so dagegen die Union in Dortmund. Sie scheint es nicht zu wagen, die so günstig für sie gelegene Zeche Wolsch von Dannewann, an welcher sie mit über der Hälfte beteiligt ist, ganz zu erwerben. Auch der Bochumer Verein und der Förder Verein sollen von der Bergdröherung ihres Kohlenbergwerks Westiges aus Rücksicht auf das Syndikat Abstand nehmen.

Die Aktion der östreichischen Spinner, welche auf eine Betriebsreduktion gerichtet ist, erscheint gesichert. Die Fabrikanten, welche ihre Entschlüsse noch nicht bekanntgegeben haben, repräsentieren 10 Proz. der gesamten Spindelzahl. Man hat ziemlich allgemein von vornherein darauf verzichtet, jene Spinner einzubeziehen, denen besondere Umstände einen Anschluß erschweren. Dadurch hatte schon von Beginn an das Projekt der Betriebsreduktion glänzendere Chancen als im Herbst 1898. Die Dauer der Reduktion des Betriebes soll vorläufig auf sechs Monate bemessen werden und ungefähr ein Sechstheil der Gesamtproduktion umfassen.

Versammlungen.

Eine Konferenz der Zahlstellen-Vorstände des Verbandes der Bauarbeiter, sowie derselben ihren Sitz in den Provinzen Brandenburg und Posen haben, tagte am 23. Mai im Feuersteinischen Lokale, Alte Jakobstr. 75. Dieselbe war besetzt von 28 Orten durch 27 Delegierte, darunter 5 aus Berlin und einer aus Posen, die übrigen aus der Provinz Brandenburg. Die Zahlstellen Brandenburg, Friedrichshagen, Zeltow und Zehlendorf hatten keine Delegierten entsendet, wofür denselben eine Rüge erteilt wurde. Die Verhandlungen drehten sich hauptsächlich um die Beschlässe der Magdeburger Konferenz, welche die Einlegung von Agitations-Kommissionen beschlossen hat, um die Agitation für die Organisation zu fördern. Das Referat hierzu hielt Behrendt-Wilmersdorf. In der Debatte wurde von allen Rednern betont, daß es notwendig sei, eine Agitationskommission einzusetzen bzw. die bereits gewählte zu befähigen. Von besonderem Interesse waren die Ausführungen des Posener Delegierten, welcher ein anschauliches Bild von den Arbeitsverhältnissen seiner Heimatprovinz entwarf. In Bezug auf die Bezahlung der Bauarbeiter herfür die reine Willkür, indem die gezahlten Stundenlöhne zwischen 15 und 35 Pf. schwanken. Freilich liegt auch die Gewerkschaftsbewegung sehr im argen und wird von den Gegnern lebhaft verfolgt und unterdrückt. Ist es gelungen, einmal ein Lokal zu erhalten, so wird dasselbe sicher spätestens nach der zweiten Versammlung abgetrieben. Entsprechend den Lohnverhältnissen sind auch die Lebens- und besonders die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter tief traurig. Meistens haben dieselben in dumpfen Keller- oder Dachwohnungen, die anderswo überhaupt nicht mehr zum Wohnen benutzt werden dürfen. Der Boden für die Agitation ist gut, es müßte nur mehr für dieselbe gethan werden. Soweit die Agitation auf schriftlichem Wege geschieht, hat dieselbe nur Aussicht auf Erfolg, wenn die Flugblätter, Zeitungen etc. in polnischer Sprache abgesetzt sind. Die deutschen Zeitungen sind den polnischen Arbeitern nicht nur sehr schwer verständlich, sondern stehen auch bei ihnen in dem Verdacht, daß dieselben der „Verbreitung des Deutschtums“ dienen sollen. Davon sind auch die gewerkschaftlichen Hochzeitungen nicht ausgeschlossen. Viel könnte in der Sache geschehen, wenn der „Gornik“, das jetzige polnische Bergarbeiterorgan, in ein allgemeines Gewerkschaftsblatt umgewandelt würde. Noch mehr würde die Agitation gefördert, wenn das Blatt in Posen selbst gedruckt würde. Damit würde es sich die Sympathie der polnischen Arbeiter sofort erwerben. Gleichzeitig kämen damit auch einige unabhängige Agitatoren nach Posen, was einen weiteren Erfolg bedeutete. Der Berichtstatter bringt eine Resolution ein, in welcher erklärt wird, daß die Konferenz in der Herausgabe eines polnischen Gewerkschaftsblattes in Posen das beste Mittel zur Förderung der Gewerkschaftsbewegung in der Provinz Posen erblickt. Bei der Beschlußfassung wird diese Resolution dem Hauptvorstande des Verbandes überwiesen, welcher dieselbe der Generalkommission zur Veranschlagung unterbreiten soll. Weiter wird beschlossen, daß die gewählte Agitationskommission ihren Sitz in Berlin behält und daß die einzelnen Zahlstellen pro Vierteljahr und Mitglied 10 Pf. an dieselbe abzuführen haben. Ein Antrag, die Kosten durch den Betrieb von Marken aufzubringen, wurde abgelehnt, dagegen bleibt es den einzelnen Zahlstellen überlassen, in welcher Weise sie das Geld aufbringen wollen. Unter Verschiedenem kam die Agitation unter den polnischen Arbeitern nochmals zur Sprache und wurde u. a. empfohlen, auch die Verbandsstatuten in polnischer Sprache drucken zu lassen. Von anderer Seite wurde Klage erhoben, daß die Maurer

in der Provinz sich wenig um die Hilfsarbeiter kümmern. Damit waren die Verhandlungen der Konferenz erledigt. Zum Schluß giebt der Vorsitzende seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß trotz der herrschenden starken Meinungsverschiedenheiten die Debatten dennoch sachlich geführt sind. Er giebt weiter der Hoffnung Ausdruck, daß die gepflogenen Verhandlungen der Organisation gute Früchte tragen mögen.

In der Versammlung der Möbelpollerer (Zentrale Ostern) sprach am 15. Mai Dr. Wollheim über die Schädlichkeit des Poliermaterials. Redner führte den Anwesenden vor Augen, daß insbesondere der denaturierte Spiritus sowie auch die verschiedenen Oele und Weizen die Ursache für mannigfache Erkrankungen sind. Redner giebt eine ausführliche Darstellung der Bestandteile der Denaturierungsmittel als auch der Oele und ermahnt, ungerneigte Polierlappen stets zurückzuweisen, als auch für genügende Waschvorrichtungen Sorge zu tragen. Um der Regierung gegenüber mit reichhaltigem Material vorstellig werden zu können, ersucht der Vortragende um baldige Ausfüllung der Fragebogen, da die ärztliche Untersuchung baldigt vorgenommen und eine wissenschaftliche Bearbeitung derselben eintreten soll. Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Referats. Der dritte Punkt der Tagesordnung zeitigte eine längere Debatte. Sämtliche Redner beurteilten die Handlung derjenigen Kollegen, welche am 1. Mai gearbeitet haben, insbesondere da, wo in größeren Werkstätten sich einige ausschloßen. Unter Verschiedenem wurde ein Antrag, außer der schon bestehenden Zahlstelle bei Scheere solche bei Urban, Friedrichsbergerstraße, und bei Herold, Koppensstraße, zu errichten, angenommen.

Die Grabentre und Eiseneur hörten in ihrer Versammlung am 16. Mai einen interessanten Vortrag des Genossen Koblenzer über die Orts-Krankenkassen. Die weiteren Verhandlungen betrafen interne Angelegenheiten.

Die an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter der Zentrale II hielten am 16. Mai ihre regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab. Genosse Redner hatte das Referat übernommen; dasselbe mußte jedoch ausfallen wegen des schwachen Besuchs. Der Vertrauensmann gab einen kurzen Bericht über die Aussperrung am 1. Mai. Es kamen meist Kollegen in Betracht, die in Tischlerien beschäftigt sind und sich dem Beschluß der Vertrauensmänner-Versammlung fügten, die Arbeit erst am 8. Mai wieder aufzunehmen. Der Kassierer gab bekannt, daß die Willets zum Sommerfest, welches am 17. Juni im „Marienbad“ (Gehundenbrunn) stattfindet, zu haben sind und forderte zu reger Beteiligung auf.

Im Verband der Maurer (Zahlstelle der Zementierer) hielt am 17. Mai das Mitglied Schulz einen Vortrag über Unglücksfälle auf Bauten. Es folgte sodann die Verlesung des Kassenberichtes, dem zu entnehmen ist, daß an die Hauptkasse 144,84 M. für Beiträge und 1165 M. für den Streikfonds abgeliefert sind. Ueber die Regelung des Arbeitsnachweises entspann sich eine längere Debatte und wurde schließlich dem Mitgliede Schumann, Uferstr. 14a, die Arbeitsvermittlung übertragen.

Eine öffentliche Versammlung der an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter, welche am 19. Mai tagte, nahm den Bericht der Statutenberathungs-Kommission entgegen und wurde nach kurzer Debatte einstimmig der Entwurf angenommen. Die Organisation führt den Namen: Verband sämtlicher an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter Berlins und der Umgegend. Aldann wurde zur Wahl eines provisorischen Vorstandes geschritten, die folgendes Resultat ergab: Sauerzaf, 1. Vorsitzender; L. Hoffmann, 2. Vorsitzender; Koch, 1. Kassierer; Zuhre, 2. Kassierer; Bräuning, 1. Schriftführer; K. Krause, 2. Schriftführer.

Niedorf. Am 9. Mai hielt der Verein „Vorwärts“ im Apollo-Theater eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab, in der Genosse Lugaer über die Gewerbeberichte sprach. Dem vollständigen Referat folgte eine Diskussion, an der Rimmrich, Kegera und Kierich sich im Sinne des Referenten beteiligten. Sodann gab Jäger die Abrechnung vom Märzvergnügen, die dem Verein ein Deficit von 48,95 M. brachte. Die Abrechnung von der Urania-Vorstellung wies einen Ueberschuß von 41,40 M. auf. Bei Vereinsangelegenheiten brachte Genosse Kegera den in der Stadtverordneten-Versammlung von unserer Fraktion gestellten Antrag, betreffend Beteiligung von Stadtverordneten an städtischen Subventionen, zur Sprache und kritisierte das Verhalten gewisser gegnerischer Stadtväter zu demselben. Redner forderte den Obmann des Gewerkschaftsartells auf, die verschiedenen Branchen zu veranlassen, sich um Ausfüllung städtischer Arbeiten zu bemühen, da die Möglichkeit nicht ausgeschlossen sei, daß die Stadt verschiedene Arbeiten, wie z. B. die Kuppelarbeiten, in eigene Regie nimmt.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 35. Heft des 17. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Internationale Schankkade. — Die Rotwendigkeit in Natur und Geschichte. Antwort an A. Kautsky. Von Eduard Bernstein. — Die geistliche Einwirkung der freien Kräfte. Von Robert Schmidt. — Domburgische Schriften zur literarischen Jugendbeziehung. Von Otto Knecht. — Literarische Rundschau. — Notizen: Die Elektrotechnik in der chemischen Großindustrie. — Beilagen: Erinnerungen eines Achtundsechzigers. (Fortsetzung.)

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dieß Verlag) ist soeben die Nr. 11 des 9. Jahrganges ausgegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Der dritte Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands. — Die Friedenskonferenz und die Frauen. Von Ida Braun-Berlin. — Resolutionen des dritten Gewerkschaftskongresses. — Arme Kinder und Frauen als wissenschaftliche Versuchsthiere. — Genug der Dänen. Von Clara Müller (Gedicht). — Beilagen: Ist das nicht genug? Von August Strindberg. Autorisierte Uebersetzung von Emil Schering. (Schluß). — Notizen: Von Ida Braun und Clara Jettin: Frauenarbeit auf dem Gebiete der Industrie, des Handels und Berlehrswesens. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Gewerkschaftliche Arbeiterinnenorganisation. — Socialistische Frauenbewegung im Kasland. — Frauenstimmrecht. — Frauenbewegung.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Chiffre (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll und die letzte Abonnementquittung beizulegen. Fragen ohne solche werden nicht beantwortet und schriftliche Antwort wird nicht erteilt.

Die juristische Sprechstunde wird Dienstag, Donnerstags und Freitag abends von 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr abgehalten.

Paul Th. Die russischen Eisenbahngeselle sind dreier als die deutschen. N. 100. Zu Rindergärtnerin-Centuar des Berliner Arbeitervereins (Sprecht. Mittwoch 12-1 Uhr im Rindergarten, Rittmoosstraße 26) werden junge Mädchen von guter Schulbildung in einjährigem Kurs gegen 5 M. Aufnahmegebühr und 27 M. Vierteljahrsbeitrag zu Rindergärtnerinnen ausgebildet.

N. 21. Reichenbergerstraße. Von Berlin nach Städtagen zu Rade fährt man wie folgt: Potsdam, Groß-Arau, Brandenburg a. O., Piane, Weuthen, Burg, Rogdeburg, Arleben, Delmsiedt, Braunschwieg, Hildesheim, Hannover, Stenzen, Städtagen. Der Weg ist 388 Kilometer lang, mehr von mäßig-guter Beschaffenheit, zwischen Magdeburg und Braunschwieg aber recht hügelig.

Anton. Zur angegebenen Zeit besand sich eine ähuliche Inschrift auf dem Friedhofe der Berliner Freien Gemeinde.

N. 5. N. 23. Stimmte das erste Kind von einem anderen; nein, sonst ja.

Dr. Schmaragdori. Kommen Sie gelegentlich in unsere juristische Sprechstunde.

Auflösung

des

Warenhauses A. Lubasch

Mein Warenhaus will ich auflösen. Behufs Herabsetzung der Preise bleiben sämtliche Verkaufsräume **Donnerstag, Freitag, Sonnabend und Sonntag geschlossen.**

Der Verkauf zu unglaublich billigen Preisen beginnt wieder

Montag, den 29. Mai.

Magazin A. Lubasch

Kommandantenstrasse 44/45.

Großer Möbelverkauf

Comandantenstr. 73, an der Kommandantenstr. (früher Schützenstr. 2), in meinem vier Etagen hohen Fabrikgebäude, großes Möbel-Specialgeschäft für kleine und mittlere Wohnungseinrichtungen. Brautleute, welche eine dauerhafte und billige Einrichtung kaufen wollen, bitte ich, ohne jeden Kaufzwang mein kolossales Lager vor Eintauf zu besichtigen. Verlangen Sie mein Musterbuch gratis und franco. Durch größere Masseneinkäufe und Ersparrung der teuren Ladenmiete bin ich im Stande, hübsche und geschmackvolle Wohnungseinrichtungen schon für 100, 200, 300-400 Mark, hochelegante von 500-5000 Mark zu liefern. Fertige Kuchenzimmer zur Ansicht. Wohnungseinrichtungen auf Teilzahlung unter den günstigsten Bedingungen. Beamten ohne Anzahlung. Eigene Tapezier- und Dekorationswerkstatt. Brautleute erhalten hübsches Luxus-Möbelstück als Zugabe. Kleiderständer 18, Waschtiseltisch, Küchenspiegel 18, Kommode 15, Spiegel 7, Ankleideständer 55, Sopha 25, Bettstelle mit Matratze 18 M., Ruhebank u. Mahagoni furnierte Kleiderständer, Vertikal 22 M., Ankleidestühle mit Sprungfedern 40, elegante Säulenstühle 45 M., Salonarmstühle 60, 75 und 105 M., Wandregale mit Saitentischen 75, Herrenstühle 45, reichgeschmücktes Buffet 100 M. Zu ganz billigen Preisen werden die großen Vorräte veräußert. Brautleute, zum Teil sehr wenig benutzte Möbel verkauft, darunter ganze Speisezimmer, Salons und Schlafzimmer. Täglich Eingang gebrauchter, einfacher u. feiner Möbel. Verkaufte Möbel werden 3 Monate kostenfrei aufbewahrt, durch eigene Werkstätte in die Wohnung gebracht und aufgestellt, auch außerhalb. *

Die Anforderungen

die man an ein gutes Frühstück stellen soll, sind, daß es den Magen angenehm anregt, aber nicht aufregt und uns in eine behagliche, arbeitsfreundliche Stimmung versetzt. Diese Bedingungen erfüllt Kathreiner's Malzkaffee in vollem Maße. — Er besitzt Geschmack und Aroma des Bohnenkaffees, für den er ein gesunder Ersatz ist, während er als Zusatz den Bohnenkaffee im Geschmack voller und dabei beständlicher macht.

Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teilzahl. wöchentl. 1 M. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Sprechst. 9-7

Reformkleidung für Mädchen und Frauen
Reform-Mieder von 2,50 M. an
Reform-Beinkleider von 3 M. an

Carl Braun, Kottbuser Damm 5.

Bier 28. 15 Pf.
ff. Sprit L. 1-25. sowie sämmtl. Essenzen. Badstr. 9.

-Räder,
Fahr-Radbestandteile
Radreparaturen
reell und billigst
in der Fahrrad-Fabrik
Frankfurter Allee 131.

Billig! Knabenanzüge. Billig!
Mädchenkleider in großer Auswahl.
O. Hoffmann, Reiterstr. 14.

Empfehle allen Freunden u. Bekannten mein **Weiss-, Bayerischbier-** und **gr. Speisegeschäft.** Reichhaltiges Frühstück von 30 Pf., Mittag mit Bier 50 Pf. sowie Abendbrot & la carte von 30 Pf. an. 2 Vereinszimmer mit Klavier für 20-50 Personen. * **H. Stramm, Rest. Ritterstr. 123.**

Empfehle Freunden und Genossen mein **Weiss- u. Bayerisch-Bierlokal** nach franz. Billard. 10062
Hermann Kniewel,
Görlikerstr. 65.

Wie verkaufen von heute ab:
feinstes Widelsdorfer Lagerbier
für Berlin und Umgegend
pro Tonne 17 M. netto
ohne Berechnung von Spundgeld, frei Haus.
Zu beziehen nur durch
Pfaff & Voigt, Charlottenburg, Spreestr. 3.

Arbeiter-Berufsartikel u. Wäsche
ausschließlich eigenes Fabrikat. — Spezialität: Arbeiter-Berufs-Artikel; Haut-Röper-Jacken 2, 1,55, steigend je nach Größe um 10 Pf. Blau-Röper-Hosen, in allen Längen, 2, 1,65. Arbeiterhemden, Hosen, Wolltücher u. Monteurhemden. **D. Wurzel & Co.,** Brandenburgerstr. 17

In dem nasskalten Klima Deutschlands billiger und bekömmlicher als Bier!
Oswald Nier's Ungegypste!
Kein K. Gemisch, kein Malz, keine sog. schwere Weine etc., sondern seit 1876 laut Fürst v. Bismarck's Worten: "Nationalgetränk" Angenehm, leicht trinkbar und dabei so sehr stärkend
Naturweine aus Weintrauben
v. 10 Pf. pro 1/2 L. an, sow. in m. plumb. Orig. Flaschen v. 1/2, 1/2 u. 1/2 L.
f. Festlichkeit, Vereine, Krankenhäuser bew. hoh. Rabatt!
57 Centralgesch. (41 in Berlin) und über 1000 Filialen in Deutschland!
Ausf. Preisocourant nebst Broschüre gratis und franco.
Hauptgeschäft und **BERLIN N., Lindenstr. 129.**
Versandabteilung
No. 17 **OSWALD NIER**

Fahrräder,
verschiedene Marken, auch wenig gebrauchte, zu den billigsten Preisen liefert **Carl Karras, Sangestr. 17,** part., kein Laden. Eigene Reparaturwerkstatt. Sämtl. Zubehör.

Möbel auf Teilzahlung.
J. Kellermann,
Prinzenstr. 97,
parterre.